

Elmar Altvater
Politische Implikationen der Krisenbereinigung
– Überlegungen zu den Austerity-Tendenzen in Westeuropa

1. Was heißt Austerity?

*„Tendenziell wird das Problem der Austerity von der Neuen Linken ähnlich diskutiert wie das Problem der Krise vor ein paar Jahren, nämlich unklar und auf jeden Fall verspätet.“
(Rossana Rossanda, Il Manifesto, 29.10.1976)*

Mit der Dauer der gegenwärtigen Wirtschaftskrise verändert sich auch die Vorstellung von ihrem Charakter, ihrer Funktion und ökonomisch-politischen Bedeutung. Gewöhnt an eine lange Phase ökonomischer Prosperität, im Bewußtsein von der Steuerbarkeit der Wirtschaft mit dem modernen wirtschaftspolitischen Instrumentarium des keynesianischen Interventionismus gingen zu Beginn der Krise 1973/74 sowohl die Regierungen (mit ihren wissenschaftlichen Beratern) als auch die meisten Gewerkschaften und Parteien der Arbeiterklasse davon aus, daß der „konjunkturelle Einbruch“ mit einer Politik der Produktionsankurbelung, sei es durch Ausweitung der privaten und staatlichen Nachfrage, durch Schaffung neuer Arbeitsplätze im staatlichen Bereich oder durch Lenkung der Investitionen, zu überwinden sei. Die Krise wurde als bloße *quantitative Reduzierung* ökonomischer Größen verstanden, dem im Sinne der traditionellen antizyklischen Wirtschaftspolitik kompensierend mit der Ausweitung staatlich zu beeinflussender Quantitäten entgegengewirkt werden könne. Erst langsam macht sich die Erkenntnis breit, daß die Krise eine *qualitative* Veränderung in der kapitalistischen Entwicklung einzuleiten scheint: vom Verhältnis von Ökonomie und Politik, über Veränderungen wirtschaftspolitischer Konzeptionen, die Verschiebung der gesellschaftlichen Schichtung, Umstrukturierung in der technologischen und organisatorischen Basis des Produktionsprozesses, der Branchenstruktur bis hin zu Veränderungen im System politischer Institutionen und des Bewußtseins der Massen. Als „Knotenpunkt der Entwicklung“ erfordert die Krise also politische Reaktionen, die ihrer – gegenüber der konjunkturellen Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg – neuen Qualität Rechnung tragen. Dies gilt sowohl für die staatliche Wirtschaftspolitik als auch für Alternativkonzeptionen der Arbeiterbewegung. Dieser Problemstellung ist der nachfolgende Aufsatz gewidmet.*

Wir beschränken uns dabei auf eine wirtschaftspolitische Strategie, für die ein Begriff wieder in Mode gekommen ist, der seinen Ursprung in Großbritannien im Jahre 1948 hat: *Austerity*. Bezeichnet wird damit die „äußerste Strenge der Haus-

* Für Anregungen und Kritik bin ich vor allem Hans Kastendiek dankbar.

haltensführung“ des damaligen Schatzkanzlers im Labour-Kabinett Sir R. St. Cripps, der damit die Inflation eindämmen wollte, um eine drohende Abwertung des britischen Pfundes zu verhindern – was ihm im übrigen nicht gelang. Wenn wir uns auf die Austerity-Politik konzentrieren, dann mit einer Einschränkung und mit mehreren zu explizierenden Absichten. Die *Einschränkung* ergibt sich daraus, daß in keinem Land eine durchgängige, andere als restriktive Momente nicht enthaltende Wirtschaftspolitik der Austerity durchgeführt wird. Vielmehr haben wir es allenthalben mit einer Mischung aus rechtskeynesianischer Expansion und Restriktionsprogrammen im Staatshaushalt und bei der Lohnpolitik zu tun. Die Art dieser Mischung ist wiederum abhängig von der Position des jeweiligen Landes auf dem Weltmarkt. Die tiefe Ungleichmäßigkeit der Entwicklung findet ihren Ausdruck in der sehr unterschiedlichen Zahlungsbilanzsituation der hochentwickelten kapitalistischen Länder. Einige weisen strukturell Überschüsse auf (BRD, Japan), andere ebenso strukturell Defizite (Großbritannien, Italien), während dritte Länder wie Frankreich oder USA aus sehr unterschiedlichen Gründen eine „mittlere“ Position einnehmen. Die Möglichkeiten zu expansiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind daher sehr ungleich verteilt, ebenso wie der ökonomisch-politische Druck zu einer Politik der Restriktionen und der Lohnkostensenkung. Die Tendenz zur Austerity ist infolgedessen in Italien oder Großbritannien wesentlich stärker ausgeprägt als etwa in der BRD, obwohl auch hier das „stop and go“ der Wirtschaftspolitik beherrschend ist und expansive Politik keineswegs bedeutet, daß restriktive Ausgabenpolitik und Druck auf die Lohnentwicklung keine Bedeutung mehr haben würden.

Die *Absichten*, die wir mit diesem Aufsatz verfolgen, lassen sich wie folgt kennzeichnen: Mindestens genauso wichtig wie die „strengen Sparmaßnahmen“, die Austerity bezeichnen, ist die *ideologische* Seite einer Politik der Sparsamkeit und Strenge; mit ihr wird auch eine „neue Moral“ in der Politik umschrieben, die mit den „Vergeudungen“ der Prosperität, mit der „Maßlosigkeit“ in der Konsumtion, der Verschwendung mit Energie usw., mit den „übermäßigen“, korporativen Gruppenansprüchen an das Sozialprodukt Schluß zu machen verspricht. Darin ist ein durchaus konservativer kulturkritischer Einschlag impliziert, so wie wir ihn von Erhards Maßhalteappellen bis zu der Verteilung von Verantwortlichkeiten für die Krise durch den „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ her kennen. Diese ideologische Seite von Austerity stellt sich durchaus als herrschaftliches Mittel dar, wie wir noch genauer sehen werden. Aber diese Momente von Austerity werden nicht nur negativ besetzt, sondern politisch gewendet: „Austerity ... bedeutet Strenge, Leitung, Ernsthaftigkeit und in erster Linie Gerechtigkeit.“ (1) Hier wird Austerity also zu einem alternativen *gesellschaftspolitischen Entwurf* umgedeutet, der eine antikapitalistische Absicht deklariert. Es ist allerdings die Frage, ob diese Absicht realisierbar ist, und ob nicht beim Sich-Einlassen auf eine „revolutionäre Austerity“ die Austerity gegenüber der Revolution obsiegt. Um diese

1 Enrico Berlinguer, Austerität – Gelegenheit zur revolutionären Erneuerung Italiens, in: Barca, Berlinguer, Gruppi u.a., Sozialismus für Italien. Programm einer gesellschaftlichen Umgestaltung, Hamburg/Westberlin 1977, S. 211

Frage zu beantworten, wird es allerdings notwendig sein, die Mechanismen der kapitalistischen Krise zu betrachten und dabei nicht nur die ökonomische Seite der „Bereinigung“ zu untersuchen, sondern gerade die politischen Prozesse im Krisenverlauf in die Analyse einzubeziehen. Es geht ja in der Krise nicht nur darum, (alternative) Konzeptionen der Wirtschaftspolitik zu entwickeln, sondern vor allem auch darum, die politischen Prozesse der Krise mit ihren negativen Wirkungen für die Arbeiterbewegung in den Griff zu bekommen.

2. Ökonomische und politische Krise

„Wirtschaftspolitik wird also gemacht, um soziale Strukturen zu verändern.“

(Orlando Letelier über die Wirtschaftspolitik der chilenischen Junta kurz vor seiner Ermordung in der Nähe der chilenischen Botschaft in Washington 1976)

Das zuletzt aufgeworfene Problem des Charakters und der Funktion der Krise bedarf allerdings der Erläuterung. In der Regel wird ja nur die eine Seite der Krise gesehen: Das Moment der Instabilität, der Zuspitzung von Konflikten, des Heranreifens von Klassenbewußtsein, jedenfalls der Desillusionierung und der produktiven Lernprozesse über die gesellschaftliche Situation der vor allem von der Krise Betroffenen, der arbeitenden (und zu einem großen, zu großen Teil arbeitslosen) Bevölkerung (2). Entgegen dieser Vorstellung, die noch zu Ende der 20er Jahre die Strategie und Taktik und alltägliche Politik der Parteien der Kommunistischen Internationale bestimmte, zeigt es sich aber auch, daß in der Krise ökonomisch („Bereinigungskrise“) und politisch (Entstehen und Stärkung konservativer Tendenzen) die Herrschaft bürgerlicher Vergesellschaftungsformen oder anders ausgedrückt: die Hegemonie des Bürgertums eher gefestigt wird. Diese Seite der Krise veranlaßt manche Theoretiker, in Vereinseitigung des Problems Begriff und Wirklichkeit der Krise, jedenfalls in der BRD, schlichtweg in Frage zu stellen (3). Doch haben wir es hier mit einem – auflösbaren – *Paradoxon* zu tun, das zugespitzt so formuliert werden kann: *Trotz Stabilität des politischen Systems auch in der ökonomischen Krise bedarf die bürgerliche*

2 Die „Verelendungstheorie“, sofern man auf der Grundlage der Marxschen Bemerkung über „Verelendung“ überhaupt von einer Theorie sprechen kann, konstruiert in ihrer rigidesten Form einen Zusammenhang zwischen kapitalistischer Akkumulation, Verelendung und Bewußtseinsbildung und macht sich daher unfähig zur Formulierung adäquater Politik. Vgl. zur Kritik: Wolf Wagner, Verelendungstheorie – die hilflose Kapitalismuskritik, Frankfurt/Main 1976

3 So per saldo jedenfalls Claus Koch und Wolf Dieter Narr, Krise – oder das falsche Prinzip Hoffnung, in: Leviathan, Heft 3/1976. Zur Replik: Elmar Altvater/Jürgen Hoffmann/Wilhelm Semmler, Alltagspolitik – Prinzip ohne Hoffnung, in: Leviathan Heft 2/1977. Vgl. auch Wolfgang Fach/Ulrich Degen, Einleitung: Zum „wissenschaftlichen“ Stellenwert der Legitimitätsdiskussion, in: dies. (Hrsg.), Politische Legitimität, Frankfurt/Main und New York 1978

Herrschaft der ökonomischen Krise, um sich reproduzieren zu können. Dies gilt es zu erläutern.

In der ökonomischen Krise nimmt die Integrationskraft der bürgerlichen Gesellschaft ab, insofern sie ihre Grundlage in der ökonomischen Prosperität hat. Die Krise der „auf dem Wert beruhenden Produktionsweise“ (Marx) wirkt immer doppelt im Sinne der Doppelbedeutung des Wertbegriffs: als Verwertungskrise und als Sinnkrise. Theorien über die „Legitimationskrise des Systems“ (4) haben dies sehr wohl begriffen, indem sie mit der Annahme von der grundsätzlichen Steuerbarkeit der Wirtschaft, also erfolgreicher Krisenvermeidungsstrategien des bürgerlichen Staates arbeiten. Gerade weil sie – in verschwiegen ökonomistischer Weise – dem ökonomischen System für die Herrschaftsreproduktion durch Sinngebung (Produktion von Wohlstand) so wesentliche Bedeutung beimessen, kommen sie zur Auffassung, daß der Staat alles tun müsse und auch könne, um *ökonomische* Krisen zu vermeiden – auf die Gefahr hin der Transponierung der zur Krise treibenden Widersprüchlichkeit in das politische und Wertesystem der Gesellschaft. So weit, so richtig. Nur wird die These fragwürdig bei ihrer Voraussetzung: der tatsächlichen Steuerkapazität des Staates, die er nun einmal in einer auf dem Wert und der Verwertung beruhenden Produktionsweise nicht hat (5). Die ökonomische Krise setzt sich dann aber fort und wird nicht bloß „verdrängt“ oder in andere strategisch weniger wichtige zentrale Bereiche verschoben. Sie erfaßt die *politischen Institutionen* und zwar sowohl die materiell faßbaren (Staat, Parteien, Gewerkschaften) als auch die immateriellen, wie die Wertvorstellungen, Motivationen, politischen Haltungen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß diese in den modernen bürgerlichen Gesellschaften eine ausgesprochen große Flexibilität und Reagibilität auf die Herausforderungen der Krise aufweisen. Ihre Krise kann eher als *Friktion* bei der Anpassungsbewegung an neue Situationen interpretiert werden. Doch das hängt wesentlich von dem „subjektiven Faktor“, der Arbeiterbewegung ab, inwiefern die Krise lediglich Friktionen der Rationalisierung indiziert oder zur tatsächlichen Hegemoniekrise des Bürgertums wird.

Wie vollzieht sich der Prozeß „von der ökonomischen zur politischen Krise“ (6)? Es verändern sich in ihrem Verlauf die *Klassenverhältnisse*. In der Krise nimmt die

4. Hierzu Jürgen Habermas, *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt/Main 1973, und Claus Offe, *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt/Main 1972. Wir können uns an dieser Stelle nicht mit den Annahmen auseinandersetzen, die der Begründung der „Legitimationskrise“ zugrundeliegen. Vgl. aber Fach/Degen, a.a.O.
5. Zu diesem Problem vgl. die Beiträge im Handbuch 5: *Staat*, (hrsg. v. Brandes/Hoffmann/Jürgens/Semmler), Ffm-Köln 1977, und stellvertretend für viele andere Beiträge Blanke/Jürgens/Kastendiek, *Zur neuen marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates. Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Ökonomie*, in: *Probleme des Klassenkampfes*, Nr. 14/15, 1974, S. 51 ff.
6. Diesen Prozeß analysieren Joachim Hirsch und Roland Roth, *Von der ökonomischen zur politischen Krise – Perspektiven der Entwicklung des Parteiensystems in der BRD*, in: *links* Nr. 92, Oktober 1977. In diesem Beitrag wird die politische Krise allerdings noch zu sehr in einer Art Entsprechungsverhältnis zur ökonomischen Krise (mit Zeitverzögerung und anderen Verarbeitungsweisen) verstanden.

Erwerbsquote ab, da insbesondere Alte und Frauen aus der aktiven Bevölkerung ausscheiden und sich in Haus und Familie zurückziehen (müssen). Aufgrund der umfangreichen Rationalisierungen nimmt die industrielle Beschäftigung ab, während zumindest relativ der tertiäre Bereich (Dienstleistungen) zunimmt. Auch die Anteile der sogenannten Selbständigen (Unternehmer usw.) stagnieren, da trotz der enormen Konzentrationsprozesse und der Vernichtung von kleinen Kapitalen viele Arbeitslose in selbständiger (und arbeitsintensiver) Kleinproduktion oder in Dienstleistungen noch eine Perspektive zu finden versuchen. Es bildet sich ein System der Schwarzarbeit (vor allem allerdings in Italien) heraus, das neben dem „offiziellen“ noch einen „verborgenen“ Arbeitsmarkt entstehen läßt. Anders als in der Prosperität, wo Schwarzarbeit neben dem eigentlichen Job zur Aufbesserung des Einkommens gemacht wird, ist Schwarzarbeit in der Krise für viele zur einzigen, nicht garantierten, unterbezahlten Erwerbsquelle geworden (7). Außerhalb der traditionellen Institutionen des Schutzes der Arbeit und der Arbeitskraft (also außerhalb der Gewerkschaften), der Zuständigkeit und Wirksamkeit gesetzlicher Bestimmungen, der Sozialversicherung, bildet sich somit eine Schicht innerhalb der Arbeiterklasse heran, die ihre Interessen gar nicht mehr in den traditionellen Formen gewerkschaftlicher Kämpfe, tarifvertraglicher Absicherung und Forderungen an den Staat und Regelungen durch den Staat vertreten können. Diese Verschiebungen im Klassen- und Schichtgefüge der Gesellschaft und in der Struktur des Arbeitsmarktes, die in Italien mehr als in Frankreich oder der BRD hervortreten, bleiben politisch nicht konsequenzenlos. Es entwickeln sich nämlich auf dieser Grundlage neue politisch-kulturelle Formen gegenüber dem „Produktivismus“ der traditionellen Arbeiterbewegung (8). Dieser traditionellen, auf produktiver Arbeit aufbauenden Ethik entsprechen die Bedürfnisse breiter Schichten gerade der Jugendarbeitslosen kaum. Sie

7 Wir haben es bei dem „zweiten Arbeitsmarkt“ mit einer spezifisch italienischen Erscheinung innerhalb des Blocks der hochentwickelten kapitalistischen Länder zu tun, zumindest was die Größenordnung anbelangt. Nach Schätzungen verschiedener Autoren „vermittelt“ der zweite Arbeitsmarkt bis zu 2.7 Mio Menschen, die unter Arbeitsbedingungen arbeiten müssen, die nicht innerhalb des offiziellen Vertragssystems der Arbeitsmarktparteien ausgehandelt worden sind. In der Krise wird dieser zweite Arbeitsmarkt noch ausgeweitet durch entsprechende Kapitalstrategien. Die Dezentralisierung der Produktion (Decentramento), die Ausgliederung von bestimmten Arbeiten aus der Fabrik bis in die Heimarbeit der Familien (fabbrica diffusa) sind Methoden des Kapitals, um diesen zweiten Arbeitsmarkt zu erschließen und gleichzeitig gewerkschaftlich geschützte Arbeit abzubauen. Vgl. dazu den Beitrag von Gunther Aschemann und Cornelia Frey in diesem Heft. Eine quantitative Analyse gibt Giorgio Fua, *Occupazione e capacità produttive: la realtà italiana*, Bologna 1976. Nach Luigi Frey geht 11.2 v.H. des Arbeitsangebots über den zweiten, schwarzen Arbeitsmarkt. Vgl. den Bericht über die offizielle Untersuchung in: *Unita*, 18.5.78. Daß sich auch in der BRD diese Tendenzen in der Krise über die betriebliche Personalplanung durchzusetzen beginnen, hat E. Hildebrandt in *Prokla* 26 aufgezeigt.

8 Eine Analyse der Hintergründe und (problematischen) politischen Konsequenzen dieses „Produktivismus“ gibt Christel Neuß, *Produktivkraftentwicklung, Arbeiterbewegung und Schranken sozialer Emanzipation – entwickelt anhand der Rätediskussion und der Rationalisierungsdebatte der 20er Jahre*, in: *Prokla* 31, Heft 2/1978

haben zwar den „Traum von einem festen Job, aber auch den Traum von einer *ganz anderen Arbeit*“ (9). Daher gibt es nicht nur das Problem der Arbeitslosigkeit als quantitative, ökonomische Problem der Anzahl von Arbeitsplätzen und von Arbeit Suchenden, sondern als ein *qualitatives Problem* des Charakters der Arbeit oder gar der Arbeit schlechthin. „Wir haben Arbeitslose“, sagt Trentin, „und es sind viele; und auf der anderen Seite haben wir auch Erscheinungsformen einer gereiften Ökonomie, d.h., daß immer weniger junge Leute dequalifizierte ‚Drecksarbeit‘ akzeptieren. ... Ein junger Mann von mittlerem kulturellem Niveau, der die Pflichtschuljahre durchlaufen hat, will nicht die repetitive Arbeit in den rückständigen Betrieben machen. Es gibt also das Problem einer Veränderung der ‚Qualität‘ der Arbeit für eine neue industrielle Politik ...“ (10) Es zeigt sich hier also, daß Arbeitslosigkeit nicht nur eine zu behebende Mangelerscheinung, nämlich Mangel an Arbeitsplätzen, sondern bereits in – wenn auch perverser Form – Ausdruck des Reichtums, der Entwicklung der Produktivkraft der Gesellschaft ist. Die darin sich andeutenden Möglichkeiten zur Erweiterung der „disposable time“ (11), zur Entfaltung des allseitigen Individuums verkehren sich allerdings in die wirkliche Misere der Arbeitslosigkeit und verschärfter Arbeitsbedingungen für viele der Beschäftigten. Das bürgerliche System reproduziert sich also gerade auch dadurch, daß es selbst bei steigendem Reichtum aufgrund der Entwicklung der Produktivkräfte immer wieder den *Mangel* produziert, sich also als Herrschaft des Mangels erhält. Die Vergeudung von Arbeitskraft – indem sie entweder nicht gebraucht, oder wenn sie gebraucht wird, übermäßig, ausbeuterisch beansprucht wird; die Vergeudung von Energie und natürlichen Ressourcen; die Vergeudung von Produktionsmitteln, die stillstehen, oder von Waren, die vernichtet werden, haben so einen *herrschaftlichen Sinn der Systemerhaltung* und nicht nur eine ökonomische Funktion im Prozeß der Kapitalakkumulation. Aber je mehr diese Erscheinungen nicht mehr nur als ein Problem der Ungleichverteilung zwischen arm und reich begriffen werden, sondern als Ausdruck der reichen Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft, bilden sich neue Wertvorstellungen, neue Sinngebungen, Motivationsstrukturen, Handlungsmuster, Politikformen heraus. Die traditionellen Identitäten geraten somit in die Krise, wobei zu berücksichtigen ist, daß in der ökonomischen Krise nur zum Ausdruck kommt und verstärkt, zugespitzt wird, was sich schon als Erfahrungen und Bedürfnis in der Phase zuvor, nicht zuletzt auch als Resultat der Klassenkämpfe seit Ende der 60er Jahre herausgebildet hat.

9 Giovanna Pajetta, in: Il Manifesto, 3. Juli 1977

10 „In der Krise haben sich die Prioritäten gewerkschaftlicher Politik verändert“ – Ein Interview mit Bruno Trentin (CGIL), in: Prokla 31, Heft 2/1978, S. 176

11 In der berühmten, vielzitierten Stelle aus den „Grundrissen“ (Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 592 ff.) entwickelt Marx den Gedanken, daß sich mit wachsendem Reichtum dieser immer weniger an der angewandten Arbeitszeit messen könne, sondern an der freien Zeit (disposable time): „Die Schöpfung von viel disposable time außer der notwendigen Arbeitszeit für die Gesellschaft überhaupt und jedes Glied derselben (d.h. Raum für die Entwicklung der vollen Produktivkräfte der Einzelnen, daher auch der Gesellschaft) ...“ (S. 595)

Dies stellt sich heute als schwer zu lösendes Problem sowohl für die Arbeiterparteien als auch für die Gewerkschaften heraus. Denn zunächst manifestiert sich diese Erscheinung als *Disgregation*, als Spaltung der Arbeiterbewegung, als Krise der traditionellen Organisationen und ihrer Politik. Und natürlich ist es das Interesse der Gegenseite, diese Spaltungen zu schüren und aufrechtzuerhalten, und jedenfalls zu verhindern, daß sich aus der *Disgregation*, die ja auch eine produktive, progressive Seite hat, eine neue politische Identität, Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse und der subalternen Schichten entwickelt.

Wir wollen uns nun die Frage nach den Bewußtseinsprozessen in der Krise auf dem Hintergrund von Arbeitslosigkeit stellen. Die vorliegenden Untersuchungen (wenig genug) und Arbeitshypothesen lassen eine gesicherte Vermutung zu, die Paul Mattick in seiner Darstellung der Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenbewegung in den 30er Jahren schon formulierte, „daß mit steigender Verelendung der Massen eher eine Abnahme als eine Zunahme ihrer revolutionären Tendenzen verbunden ist“ (12). Empirische Untersuchungen (13) ergeben das gleiche Resultat. Die individuellen und kollektiven Verarbeitungsformen von gesellschaftlichen Erfahrungen der Arbeitslosigkeit resultieren eher in einer *Destruction von sozialer Identität*, von lebensperspektivlichen Hoffnungen und Planungen, in Ängsten, in der Ausschaltung der – nicht nur negativ zu bewertenden – *Sozialisationsleistungen des kapitalistischen Arbeitsprozesses* (14). Die Konsequenz dieser Verarbeitungsformen von Arbeitslosigkeit für die Arbeiterbewegung lautet in den Worten Paul Matticks (es lohnt sich, ausführlich zu zitieren): „Die Tätigkeit der politischen Arbeiterbewegung in relativ

-
- 12 Paul Mattick, *Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenbewegung in den USA 1929 – 1935*, Frankfurt/Main 1969, S. 109
- 13 Hierzu vgl. die Beiträge in Ali Wacker (Hrsg.), *Vom Schock zum Fatalismus? – Soziale und psychische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit*, Frankfurt/Main und New York 1978. Eine sehr gute Problembeschreibung geben Josef Esser, Wolfgang Fach, Werner Vath, *Strukturelle Arbeitslosigkeit und politisches Konfliktpotential. Die Krise der saarländischen Stahlindustrie*, in: *Prokla* 31, Heft 2/1978, S. 115 ff., insbes. S. 126 – 132
- 14 Arbeit ist das organisierende Prinzip des Lebens für ganze Arbeitergenerationen gewesen, und ist es für große Teile der Arbeiterschaft auch heute noch. Umso schlimmer ist es, wenn Arbeiter arbeitslos werden, geht ihnen damit doch auch ein sinnstiftendes Prinzip verloren. Nicht nur die materielle Verschlechterung oder Not bei Arbeitslosigkeit ist daher Problem, sondern gerade der Verlust des Zentrums, um das das Leben organisiert gewesen ist: die Arbeit. Welch bedeutsamer Wert der Arbeit – immer verstanden als produktive Arbeit – beigemessen wird, zeigt sich auch im „Entwurf eines Programms zur Umgestaltung Italiens“ der KPI, wo es mehrfach heißt: „... um die Werte der produktiven und schöpferischen Arbeit zur Grundlage des Wachstums des Landes zu machen ...“ „Eine neue Werteskala muß sich in erster Linie auf einer Wiederaufwertung der produktiven und gesellschaftlich nützlichen Arbeit gründen ...“ in: *Der kommunistische Vorschlag – P.C.I.*, Hamburg 1978, S. 27. Es läßt sich zeigen, daß diese Vergesellschaftungsfunktion des Arbeitsprozesses, seine „Produktivität“ im Sinne von Wertzeugung (dies im doppelten Sinn: Werte als materielle Werte, Tauschwerte, und Werte im Sinne von aktivitätsleitenden Wertvorstellungen), mit seinem Charakter, z.B. mit dem Übergang zur Fließbandproduktion wechselt. Hierzu vgl. die Bemerkungen zum Fordismus von Antonio Gramsci, *Philosophie der Praxis – Eine Auswahl*, Frankfurt/Main 1967, insbes. S. 376 ff. Zum Problem vgl. auch Christel Neusüß, a.a.O.

stabilen Zeiten ist hauptsächlich auf die Umformung der Ideologien gerichtet. Aber selbst in Krisenzeiten, in starken kapitalistischen Ländern, bleibt der Arbeiterbewegung nicht viel mehr als die ideologische Beeinflussung, da die praktisch-reformistische Arbeit im großen Maße behindert ist. Die Zugehörigkeit zu solchen Organisationen und die Arbeit in ihnen bringt deshalb keine sofortigen Resultate, sondern bedeutet nur einen Extra-Aufwand von Geld, Zeit und Energie, den sich allgemein nur die Arbeiter erlauben können, denen es noch verhältnismäßig gut geht. Die Arbeitslosen haben jedoch nichts zu opfern, weder Zeit noch Geld; sie können an keiner Politik auf längere Sicht interessiert sein, da ihre augenblickliche Lage nach sofortiger Änderung drängt. Nicht die Erweiterung ihres Horizonts, sondern die Verengung entspricht ihren direkten Notwendigkeiten am besten. Die Organisationsaktivität würde sie in ihrem auch weiterhin individuell zu leistenden Existenzkampf eher behindern als unterstützen. Dieser Existenzkampf wird stets schwerer, zermürbender und zeitraubender, je mehr die Verelendung um sich greift, je tiefer der Einzelne in ihr versinkt. Wieviel der sozialistischen Ideologie sie unter Umständen auch aufgenommen haben mögen, ihre jetzige Existenz zwingt sie oft zu Handlungen, die dieser Ideologie schroff entgegenstehen, womit diese als praktisch wertlos stets mehr verblaßt.“ (15)

Es gehört nicht viel Fantasie dazu, um diese Sätze auf die Arbeitslosigkeit in den 70er Jahren zu übersetzen. Sicher, das materielle Elend ist abgeschwächer, in den kapitalistischen Metropolen reichen die Zipfel der „Konsumgesellschaft“ noch bis in die Arbeitslosigkeit hinein, aber die Konsequenzen für die sozialistische Arbeiterbewegung sind doch sehr ähnlich. Ähnlichkeit heißt nicht Identität, und daher ist es notwendig auch auf die Verschiedenheiten zu verweisen. Wir hatten betont, daß bei Arbeitslosigkeit die vergesellschaftende Potenz des Arbeitsprozesses verlorengeht und daher die Identitätskrise entsteht: das „sinnstiftende Organisationsprinzip ihrer Lebenswelt“ (16) geht verloren. Doch müssen hier auch Reaktions- und Verarbeitungsweisen berücksichtigt werden, die bei dem Teil von Arbeitslosen entstehen, der nicht in dieser geschilderten traditionellen Weise über den Arbeitsprozeß und die daraus hergeleitete Werteskala und Moral sozialisiert worden ist. Dies gilt für einen großen Teil jugendlicher Arbeitsloser, die gar nicht oder nur kurze Zeit im Arbeitsprozeß engagiert waren, und für alle diejenigen, für die das Arbeitsplatzrisiko immer hoch war und die angelernte oder ungelernete Arbeit geleistet haben. Für sie hat ihre „Identität sich von der Arbeit schrittweise abgekoppelt“ (17); hier entwickeln sich gegenkulturelle und subkulturelle Formen, die sich nur schwer zur Kultur der traditionellen Arbeiterbewegung vermitteln lassen.

Die *politische Identitätskrise* der traditionellen Arbeiterbewegung hat *auch* (also nicht allein) damit zu tun, daß unter den veränderten Existenzweisen der Massen der Lohnabhängigen in der Krise deren Integrations- und Anziehungskraft „als praktisch wertlos stets mehr verblaßt“ und neue, bislang nicht gekannte Formen ge-

15 Paul Mattick, a.a.O., S. 109 ff.

16 Josef Esser, Wolfgang Fach, Werner Väth, a.a.O., S. 127

17 ebenda, S. 128

sellschaftlichen Lebens und politischer Aktivität entstehen; die These von den „zwei Gesellschaften“ oder „zwei Kulturen“, so problematisch sie auch sein mag, hat hier eine materielle Basis; und auch die These von der „Krise des Marxismus“ ergibt nur einen Sinn, wenn sie auf die veränderten Lebens-, Erfahrungsbedingungen und die ebenfalls veränderten Verarbeitungsformen (zu denen ja die Theorie gehört) in einer „Neuen Linken“, deren Vergesellschaftung ganz anders erfolgt (ist) als in der traditionellen Arbeiterbewegung, bezogen wird.

Ökonomische Krise, Arbeitslosigkeit und Verschlechterung der Existenzbedingungen können zwar eine Legitimationskrise des Systems erzeugen, es entstehen auch Krisenmomente im politischen System. Doch springt damit keineswegs quasinaturwüchsig ein Zugewinn an Machtpositionen, an Hegemonie, an Einfluß der Arbeiterklasse in der Gesellschaft heraus. Die Wirkungen der Krise verteilen sich also nicht nach den Regeln des Nullsummenspiels: was des einen Legitimationsverlust, ist des anderen Hegemoniegewinn. Die Dramatik der Krise für die Arbeiterbewegung ergibt sich vielmehr daraus, daß die *Krisenfolgen* auch für sie zunächst *negativ* sind.

So weit die eine Seite des Paradoxons: Die *ökonomische Krise ist nicht zugleich auch bürgerliche Hegemoniekrise*. Die Ökonomie scheint gegenüber den Vergesellschaftungsbereichen von politischem und kulturellem System, von sozialen Verhältnissen und Einrichtungen für den Zerfall bürgerlicher Hegemonie gar nicht entscheidend zu sein: „... In den Ländern des fortgeschrittenen Kapitalismus besitzt die herrschende Klasse politische und organisatorische Reserven, die sie beispielsweise in Rußland nicht besaß. Das bedeutet, daß auch die schlimmsten Wirtschaftskrisen keine unmittelbaren Rückwirkungen auf politischem Gebiet haben. Die Politik ist immer und sehr weit zurück hinter der Ökonomie. Der Staatsapparat ist sehr viel widerstandsfähiger als man oft meinen könnte, und in Zeiten der Krise gelingt es ihm, Kräfte zu organisieren, die dem Regime treuer ergeben sind als die Tiefe der Krise vermuten ließe.“ (18)

Doch kommen wir nun zur anderen Seite des benannten Paradoxons. Offensichtlich reicht zur Erhaltung der bürgerlichen Hegemonie selbst in politisch stabilen Gesellschaften wie der BRD die Integrationskraft des politischen Systems nicht aus. Vielmehr wird die Krise der Ökonomie, die einerseits die Legitimationsbasis durchlöchert und daher die Mobilisierung der Reserven des politischen Systems erforderlich macht, *selbst* zu einem Moment der Sicherung der Herrschaft. Dies kann in einer Gesellschaft, deren *Entwicklung als Akkumulation von Kapital* erfolgt, auch gar nicht anders sein. Die Probleme, die der weiteren Kapitalakkumulation im Wege stehen, müssen ausgeräumt werden, um die gesellschaftliche Dynamik in Gang zu halten. Also geht es darum, alle Bedingungen zu zerstören, die die Profitabilität des Kapitals reduziert haben, und alle Vorbedingungen zu schaffen, auf deren Grundlage eine neue Periode von Verwertung und Akkumulation möglich wird. Die Methoden dazu sind: *Entwertung* von Kapital in seinen Formen als *Warenkapital* durch

18 Antonio Gramsci, zitiert nach Karin Priester, Zur Staatstheorie bei Antonio Gramsci, in: Das Argument, 104, Juli/August 1977, S. 517

absoluten oder relativen Preisverfall, als *produktives Kapital* durch Stilllegungen, Abschreibungen, Verschrottungen von Anlagen, als *Geldkapital* durch Real-Zinsverfall und Kursverfall (beides gleichzeitig!); Erhöhung der Ausbeutungsrate durch Umstrukturierungen des Produktionsprozesses, Intensivierung der Arbeit und Begrenzung der Löhne zur Senkung der Lohnstückkosten. Die Krise kann nur überwunden werden, indem sie ihre Funktionen ausspielt. Es tritt in diesem Zusammenhang hervor, daß im Gegensatz zu anderen Gesellschaftsformationen die kapitalistische Produktinsweise ihren Herrschaftszusammenhang ökonomisch *und* politisch vermittelt, daß die gesellschaftliche Entwicklung als Akkumulation von Kapital erfolgt und nur dann Kapital akkumuliert wird, wenn die Profitabilität des Kapitals diesem Zweck angemessen ist.

In der Keynesischen Theorie war die Einsicht enthalten, daß die Herstellung der „Grenzeistungsfähigkeit des Kapitals“ durch Steigerung der effektiven Konsum- und Investitionsnachfrage mit ihren Multiplikatoreffekten für Einkommen und Beschäftigung erfolgen könne. Die im Keynesianismus, also der Interventionspolitik auf *kurze Sicht* nicht mitberücksichtigten langfristigen Kapazitäts- und Struktureffekte haben den Keynesianismus obsolet werden lassen. Im neoklassischen, monetaristischen Paradigma hingegen wird die Profitabilität dadurch herzustellen versucht, daß das Kapital möglichst von allen „übermäßigen“ Belastungen durch Staatsausgaben, die ja Steuern kosten, und vor allem von „zu hohen“ Löhnen entlastet wird. Der Vorschlag der *Austerity* mündet infolgedessen immer in eine Politik der Lohnstückkostensenkung und der Restriktion der Staatsausgaben.

So stellt es sich – wenn wir zusammenfassen – heraus, daß die *Krise des Kapitals* nicht zugleich auch eine *Krise der bürgerlichen Herrschaft* ist. Dies liegt einmal an der Reagibilität und relativen Stabilität des politischen Systems in den entwickelten bürgerlichen Gesellschaften, und zum anderen daran, daß vermittelt über Klassen- und Schichtendifferenzierung und Bewußtseinsprozesse die Krise des Kapitals auch die Arbeiterbewegung mit sich reißt. Zum anderen aber – und dies haben wir als Paradoxon bezeichnet – braucht das Kapital die ökonomische Krise zu seiner „Regeneration“. Dies ist auch für die Reproduktion der bürgerlichen Hegemonie von Bedeutung, da *Entwicklung als Kapitalakkumulation* erfolgt. Diese hängt jedoch von der Profitabilität ab, und so hat die Krise die ökonomische „Funktion“, die Bedingungen für die Kapitalverwertung jeweils wieder zu verbessern. Dies impliziert einen Angriff auf materielle und politische Errungenschaften der Arbeiterbewegung, die ihm in einer Situation der Schwächung widerstehen und gleichzeitig Alternativen der Entwicklung formulieren muß. Darin gerade besteht die Schwierigkeit der Strategie der Arbeiterbewegung in der Krise (19).

19 Über diese Probleme berichten Renate Genth/Elmar Altvater, Politische Konzeptionen und Schwierigkeiten der KPI in der Krise – ein Aufriß von Problemen einer Strategie der Arbeiterbewegung, Teil I und II, in: Prokla 26/1976 und Nr. 27/1977. Eine kritische Position dazu nehmen ein: Otto Kallscheuer/Traute Rafalski/Gisela Wenzel, Italien: Gratwanderung zwischen Stabilisierung und Übergangsprozeß (I): Die Offensive des herrschenden Blocks, in: Prokla 29/1977. Vgl. auch den Beitrag der Autoren in diesem Heft.

„Unter den gegenwärtigen Umständen (ist) die Wiedererlangung eines vernünftigen wirtschaftlichen Wachstums und einer Verringerung der Arbeitslosigkeit unerlässlich ... Dementsprechend ist das Komitee der Ansicht, daß in der Politik der Industrieländer derzeit der Dämpfung des Preis- und Kostenauftriebs Priorität eingeräumt werden sollte.“
(Interimskomitee IWF nach JG 77/78, S. 35)

Von einer Reduzierung des Kostenauftriebs versprechen sich die Wirtschaftspolitiker eine Senkung der Inflationsrate, die sich auch 1978 im OECD-Bereich wieder beschleunigte, eine Erhöhung der Investitionsneigung, gleichgewichtiges Wachstum und nicht zuletzt auch den Abbau der Arbeitslosigkeit, die mit offiziell 17,5 Mio Menschen im OECD-Bereich (20) trotz Wachstumsraten des BSP von 3 – 4 v.H. dramatische Ausmaße angenommen hat. Dies alles sind Zielsetzungen, die in der wirtschaftspolitischen Programmatik der kapitalistischen Staaten fest verankert sind. Nicht zu Unrecht werden sie als „magisches Dreieck“ bezeichnet, weil es bislang niemals gelungen ist, alle Ziele – Vollbeschäftigung, Preisstabilität und ausgeglichene Zahlungsbilanz – gleichzeitig zu realisieren (21). Von den neoklassisch monetaristisch inspirierten Theoretikern wird diese Erfolglosigkeit der keynesianischen Wirtschaftspolitik angelastet, die *erstens* mit expansiver Fiskalpolitik das Geldvolumen stärker aufgebläht habe als es dem Wachstum des Output entsprochen habe, die *zweitens* mit der Reallokation der Ressourcen zugunsten des Staates, was sich in der Zunahme der Staatsquote in allen entwickelten Ländern ausdrücke, die Aktivitäten des privaten Sektors beschränkt habe, die auf dieser Grundlage *drittens* Spielräume geschaffen habe, in denen sich der Gruppenegoismus mit seinen Ansprüchen an das Sozialprodukt unbeschränkt entfalten konnte („Anspruchsinflation“), und die deshalb *viertens* auch die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte mit der „Neigung zu Handelsbeschränkungen“ provoziert habe. Die galoppierende Inflation seit Ende der 60er Jahre und erst recht die Krise der 70er Jahre sei die unentschuld bare Bankrott-erklärung des Staatsinterventionismus.

Während der Keynesianismus von der notwendigen Komplementärfunktion der staatlichen Interventionen für die Expansion der Wirtschaft ausging, hält die monetaristische Wirtschaftspolitik gerade die Intervention des Staates über ein der

-
- 20 Vgl. die Wiedergabe der offiziellen Daten in Neue Zürcher Zeitung vom 4./5.6.1978
 21 Die Zielerreichung hängt natürlich von deren Definition ab: Ist Preisstabilität bei 0 v.H. Preissteigerung erreicht oder bereits bei 4 v.H.? Gilt Arbeitslosigkeit von 1,5 v.H. im Jahresdurchschnitt als Vollbeschäftigung oder stehen 6 v.H. Arbeitslosigkeit für Vollbeschäftigung? Zu einem solchen Definitionstrick vgl. Henry C. Wallich, Federal-Reserve-Governor aus den USA, im „Spiegel“ vom 22.5.1978, wo er ausführt: „In den USA muß deshalb eine offizielle Arbeitslosenrate von nicht weit unter sechs Prozent als Vollbeschäftigung gelten, und diese Marke ist fast erreicht. Damit sind die USA bei einem nicht nur für sie, sondern auch für die übrige Welt wichtigen Ziel angelangt“ – durch simplen Definitionstrick. Vgl. dazu auch kritisch: Michael Bolle, Globalsteuerung und ökonomische Krise, in: Brandes/Hoffmann/Jürgens/Semmler, a.a.O., S. 309

tatsächlichen Expansion entsprechendes Maß hinaus für das destabilisierende Element. (Starbatty spricht von der „Instabilität des öffentlichen Sektors“) (22). Die Krise ist also als *politisch verursacht* vorgestellt. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, mit dieser Krisenbegründung eine Auseinandersetzung zu führen (23). Wichtig ist vielmehr, daß die alternativen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die wir mit dem Begriff der Austerität bezeichnet haben, in ganz spezifischer Weise in den Akkumulationsprozeß und damit auch das Klassenverhältnis eingreifen. Eine Politik der „Dämpfung des Preis- und Kostenauftriebs“ hat unausgesprochen die Hebung der Profitabilität des Kapitals zum Ziel, und bedient sich gerade deshalb *restriktiver Maßnahmen* im Staatshaushalt und bei der Lohnpolitik. Denn durch die ersteren wird das Kapital deshalb entlastet, weil der Staat seinen Zugriff auf ökonomische Ressourcen verringert, und durch die letzteren gewinnt das Kapital, da sich die Verteilung des Wertprodukts zu seinen Gunsten verbessert.

3.1. Die Begrenzung der „Lohnstückkosten“

Die Dämpfung des Anstiegs der „Lohnkosten je Produkteinheit“ (Lohnstückkosten) bezieht sich auf die Veränderung der Relation zwischen dem Bruttoeinkommen (je abhängig Beschäftigten) und dem Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Produktivität). Es handelt sich hierbei also um eine *Maßzahl*, mit der der Lohnanteil an der Produktivität gemessen wird. Ist 1976 der Bruttolohn je beschäftigten Abhängigen in der BRD 23.985 DM, und beträgt das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen 31.469 DM, dann sind die Lohnstückkosten 0.76. Anders ausgedrückt: Von jeder einzelnen DM des *Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen* entfallen 76 DPF auf *Löhne und Gehälter* (je abhängig Beschäftigten). Interessant wird diese Aussage im zeitlichen Ablauf bzw. im internationalen Vergleich. Steigen die Löhne schneller als die Produktivität, dann steigen die Lohnstückkosten. Gerade deren Steigerung wird mitverantwortlich gemacht für Krise und Arbeitslosigkeit. Korteweg unterscheidet ganz auf der Basis monetaristischer Vorstellungen zwischen friktioneller, struktureller und konjunktureller Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosigkeit aufgrund zu hoher Lohnstückkosten: „... unemployment also arises from lack of profitability of private economic activity due to real wage increases continuously in excess of labor productivity“ (24) Diese Arbeitslosigkeit haben nach seiner Auffassung die (Arbeiter und vor allem die) Gewerkschaften selbst zu verantworten, und sie müssen daher dafür zur Verantwortung gezogen werden: „One way, therefore, to make labour

22 Joachim Starbatty, Konjunktur und Konjunkturpolitik im letzten Jahrzehnt, in: Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 24, Berlin 1977, S. 22

23 Vgl. dazu die in der Prokla 30 und 32 geführte Diskussion

24 Pieter Korteweg, a.a.O., S. 163. Wie wir gesehen haben, argumentiert auch der Sachverständigenrat ähnlich. Auch in anderen Ländern finden wir die Konstruktion eines Schein-Zusammenhangs zwischen Lohnstückkosten und Arbeitslosigkeit. Vulgar kommt dieser auch in der Formel zum Ausdruck, daß Lohnverzicht zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen könnte ...

unions going for wage increases stay within labor productivity growth limits would be to make trade unions completely responsible for the organization, operation and financing of the unemployment insurance system for workers.“ (25) Die Ideologie, daß alles im System der freien Marktwirtschaft schon bestens funktionieren würde, wenn sich nur die Marktteilnehmer *vernünftig* verhalten würden, schlägt voll durch. Nur, was ist eigentlich die Vernunft in einer Klassengesellschaft? Die Logik des Systems als Sachzwang der Kapitalakkumulation ist gegen die Logik der Arbeiterklasse gerichtet, was sich denn auch bei einer näheren Analyse der Strategie der Senkung der Lohnstückkosten zeigt.

Zunächst zeigt es sich bei näherem Hinsehen, daß in der Kalkulation der Lohnstückkosten *nur die bezahlte*, nicht aber die *unbezahlte Arbeit* gezählt wird. In unserem obigen Beispiel würde die Differenz zwischen 1 und 0.76, nämlich 0.24 auf den *Profitanteil je Produkteinheit* („Profitstückkosten“ könnte man sagen) entfallen (26). Bei einer Produktivitätssteigerung reduziert sich die zur Produktion eines bestimmten Warenquantums aufzuwendende Arbeit, so daß je Produkteinheit (je Ware) weniger Arbeit enthalten ist. Dies gilt aber sowohl für die bezahlte als auch für die unbezahlte Arbeit, wenn man einmal von der vergegenständlichten Arbeit (im konstanten Kapital, also in den Vorleistungen) absieht. Betrachten wir zunächst *Änderungen der Produktivität* in ihrer Wirkung auf Lohnstückkosten: Bleibt der Lohn gleich, dann verteilt er sich als „Preis für die bezahlte Arbeit“ auf ein größeres Warenquantum (Fall 1) bzw. es kann bei einem gleichbleibenden Warenquantum Arbeit eingespart, es können also Arbeiter entlassen werden (Fall 2). Welcher dieser beiden möglichen Fälle eintritt, hängt von der konjunkturellen Lage ab. In der Prosperität bei steigender Nachfrage wird eher der erste Fall eintreten. In der Depression eher der letztere, was ja nichts anderes besagt, als daß die Strategie der Lohnstückkostensenkung durch Produktivitätsanstieg immer auch die Möglichkeiten von Entlassungen impliziert, wenn sie nicht mit einer expansiven Politik gekoppelt ist. Gehen wir jetzt vom Fall 1 aus, dann vergegenständlicht sich bei einer Produktivitätssteigerung die Arbeit in einer *größeren Warenmenge*, von der bei konstantem Lohn und konstanten Preisen die Arbeiterklasse einen relativ geringeren Teil zurückkaufen kann (wenn der Preis pro Wareneinheit konstant bleibt), obwohl absolut der Reallohn gleichgeblieben ist. Die unbezahlte Arbeit, deren Resultate in Form des Profits angeeignet werden, mag von der Arbeitszeit her nicht ausgedehnt worden sein; sie resultiert aber in einer größeren Warenmenge, die ans Kapital fällt. Im Fall 2 würde auf die Arbeiterklasse von einer konstanten Warenmenge ein kleinerer Teil entfallen, auf das Kapital dementsprechend ein größerer. Wenn wir also das Verhältnis von *bezahlter* und *unbezahlter Arbeit* mitberücksichtigen, zeigt es sich, daß die

25 Pieter Korteweg, a.a.O., S. 164

26 Anzumerken ist bei der Berechnung der Lohnstückkosten auch noch, daß zwar die Produktivität (der Wert im Nenner der Relation) in konstanten Preisen, der Lohn je Beschäftigten aber in laufenden Preisen wiedergegeben wird. Daraus resultiert eine Aufblähung der Lohnstückkosten, die sich propagandistisch aber gut verwerten läßt. Dazu vgl. Schoeller/Semmler/Hoffmann/Altwater, Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland (II), in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 16, 1974, S. 97 f.

Strategie der Senkung der Lohnstückkosten letztlich darauf hinausläuft, die Verteilung des Wertprodukts zugunsten des Kapitals zu verändern, indem die Produktivitätszuwächse *ungleich* verteilt werden. Erst Lohnsteigerungen in Höhe der Produktivitätszuwächse (in realen Größen) erhält die Verteilung konstant, wenn wir von Inflation absehen. (Die Rationale monetaristischer Argumentation läßt sich nur mit der Existenz der Inflation begründen, für die sie aber keine Erklärung haben). Nur dann bleiben die *Nachfrageverhältnisse* gleich. Bei einer Verschiebung der Lohnstückkosten nach unten würde unter der Annahme, daß aus den Löhnen zum allergrößten Teil konsumiert wird, die *Konsumquote absinken*. Entsprechend müßte die *Investitionsnachfrage* übermäßig *steigen*, um den Nachfrageausfall zu kompensieren, wenn man davon absieht, daß innerhalb der Konsumquote vom Massenkonsum zum Luxuskonsum auch Verschiebungen stattfinden können. Dies hat jedoch langfristig Konsequenzen für die *Struktur der Ökonomie*, da ja die Produktionsmittel produzierende Abteilung ausgedehnt werden müßte zu Lasten der Konsumgüter-Abteilung. Es zeigt sich, daß die Strategie der Begrenzung der Lohnstückkosten nur bewertet werden kann, wenn man ihre Wirkungen im *Reproduktionsprozeß des Kapitals* Betrachtet und nicht nur die Kosten- und Preiswirksamkeit sieht.

Das Problem kompliziert sich weiter, wenn wir danach fragen, was denn eigentlich Produktivitätssteigerungen sind. Bisher haben wir sie lediglich als quantitative Größe betrachtet, die durch sehr unterschiedliche Prozesse zustandekommen kann: (1) durch Steigerung der *Intensität der Arbeit*, die von echten Produktivitätssteigerungen ja statistisch nicht unterschieden wird; (2) durch Rationalisierungen der *Arbeitsorganisation* im Betrieb, um den Arbeitsprozeß flüssiger zu gestalten; (3) durch *Erhöhung der Arbeitsmobilität*, d.h. durch die Möglichkeit der Verschiebung von Arbeitern inner- und zwischenbetrieblich je nach der Rentabilität und Produktivität ihres Einsatzes; (4) durch Verringerung von Fehlzeiten aufgrund von Absentismus, Fluktuation und Arbeitsunterbrechungen (Streiks), d.h. durch Sicherung eines möglichst *kontinuierlichen Produktionsflusses*.

Alle bisher genannten Maßnahmen sind *Rationalisierungen ohne Investition*, wie sie ganze Perioden der Kapitalakkumulation gekennzeichnet haben (27) und auch in der gegenwärtigen Krise wieder relevant sind. Aber damit sind die Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung keineswegs ausgeschöpft. (5) Es werden Rationalisierungen vorgenommen, die gleichzeitig die *Kapitalintensität* steigern, also lebedige durch vergegenständlichte Arbeit substituieren. Hierbei ist also der Produktivitätseffekt einer Umstrukturierung des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital im Produktionsprozeß geschuldet (28); (6) auch die *Umstrukturierung der Branchen* hat Produktivitätseffekte, wenn hochproduktive Branchen schneller wachsen

27 Dies gilt wesentlich für das „italienische Wirtschaftswunder“, insbesondere nach der Krise 1963/64 bis 1969. Vgl. dazu Augusto Graziani, *Aspetti strutturali dell'economia italiana nell'ultimo decennio*, in: ders. (Hrsg.) *Crisi e ristrutturazione nell'economia italiana*, Torino 1975 und Michele Salvati, *Der Ursprung der gegenwärtigen Krise in Italien*, in: *Probleme des Klassenkampfes*, Nr. 4/1972

28 Zur neuesten Entwicklung: Alfred Frosch, *Mikroprozessoren – zentrale Technologie einer umfassenden Rationalisierung*, in: *Prokla* 31/1978

als weniger produktive. Dieser *Struktureffekt* hat in der Entwicklung eine große Rolle gespielt (er war aber in den 50er Jahren größer als in den 60er Jahren). Mit gezielten strukturpolitischen Maßnahmen wird in der gegenwärtigen Krise versucht, diesen Effekt wieder zu mobilisieren, insbesondere im Hinblick auf die Erhaltung oder gar Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Diese noch grobe Erfassung von Maßnahmen der Produktivitätssteigerung verdeutlicht, daß es nicht ausreicht für eine Analyse der Austerity-Politik, nur das Verhältnis von Lohn- und Produktivitätssteigerungen zu beschreiben. Es sind hiermit auf betrieblicher, branchenmäßiger und gesamtgesellschaftlicher Ebene größere *Umstrukturierungen* verbunden, die sowohl die *Klassenverhältnisse*, die *Arbeits- und Lebensbedingungen* der arbeitenden Bevölkerung als auch das Verhältnis von Ökonomie und Politik betreffen. Gehen wir nun dazu über, die Maßnahmen zur Beeinflussung der Löhne zu untersuchen.

Gerade wegen der tiefgreifenden Einschnitte, die Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung bedeuten, sind hier längere Fristen bei der Strategie der Dämpfung des Lohnkostenanstiegs zu kalkulieren. Infolgedessen wird versucht, nach einer Phase der Klassenoffensive *direkten Druck auf die Löhne* und deren Entwicklung, und das heißt natürlich auch, Druck auf die Organisationen der Arbeiterklasse auszuüben. Hier wird aktuell, was wir im Zusammenhang mit der ökonomischen und politischen Krise ausgeführt haben: Indem sich das Bürgertum in der Krise auf sein „ureigenstes Terrain“, die Ökonomie, zurückzieht, kann es die Wirkungen der ökonomischen Krise als politisches Disziplinierungsmittel einsetzen. Bei verbreiteter Arbeitslosigkeit ist es tatsächlich schwerer für die Gewerkschaften, Lohnsteigerungen durchzusetzen oder auch nur das Reallohnniveau zu halten, als in der Prosperität; ihre Unterworfenheit unter die Bedingungen des Marktes werden hier sehr deutlich. So kommt es, daß das Reallohnniveau stagniert (oder gar in der BRD 1975/76 leicht im Durchschnitt gesenkt wird) und selbst bei militanten Arbeitskämpfen Lohnerhöhungen kaum durchgesetzt werden können. In einem Lande wie Italien, mit hochentwickelter Arbeiterbewegung und Klassenkampf Erfahrungen, zeigt sich diese Situation des ökonomischen Drucks daran, daß seit Beginn der Krise die immer noch erreichten Reallohnsteigerungen (für die Beschäftigten) zu einem immer größeren Teil von der Automatik der gleitenden Lohnskala abgedeckt werden, und also die Bedeutung der gewerkschaftlichen Kämpfe für die Lohnpolitik relativ geringer geworden ist (29). Also macht sich der ökonomische Druck sehr bemerkbar.

Doch wird dieser Druck *politisch* verstärkt, womit ein Dilemma der Arbeiterbewegung deutlich wird, das Trentin sehr genau bezeichnet hat: daß es die Arbeiterklasse und ihre Organisationen zwar verstanden haben, in der Zeit der Vollbeschäftigung ihre Stärke zur Erringung von materiellen Erfolgen und politischen Machtpositionen auszunutzen und so daran mitgewirkt zu haben, das Kapital in die

29 Vgl. dazu *Unita*, 11.6.1978, wo eine Untersuchung der Banca d' Italia wiedergegeben wird, nach der von 1969 bis etwa 1974/75 der Anteil der Lohnerhöhungen aus der Lohnleitklausel (*scala mobile*) an den Gesamtlohnerhöhungen – bei saisonalen Schwankungen – rund 60 v.H. beträgt und seitdem auf ca. 85 v.H. im Jahresdurchschnitt 1977 angeiegen ist.

Krise zu bringen, aber große Schwierigkeiten in der Krise haben, einen positiven, produktiven Ausweg zu finden, und der Gegenoffensive des Kapitals ein wirksames Konzept entgegenzusetzen (30). Die politischen Angriffe auf die Löhne sind deshalb überhaupt möglich, weil die in den Löhnen sicherzustellende Reproduktion der Arbeitskraft zu einem nicht unbedeutenden Teil *politisch reguliert* ist. Große Teile der Qualifikation der Arbeitskraft und der „Reparatur des Arbeitsvermögens“ im Gesundheitssystem sind staatlich und daher der direkten Konfrontation von Lohnarbeit und Kapital entzogen. Aber das ist nicht alles.

Ein Teil der Lohnkosten (vom Unternehmen aus betrachtet) wird für Sozialabgaben aufgewendet, die zum Beispiel gekürzt werden können, oder zu einem größeren Teil von den Arbeitern und zu einem geringeren Teil von den Unternehmern gezahlt werden, was auf eine Reduzierung des verfügbaren Einkommens hinausläuft, oder aber *fiskalisiert*, d.h. vom Staat getragen und durch Steuern gedeckt, d.h. vermittelt auch wieder von den Arbeitern in Form der Verringerung des verfügbaren Einkommens getragen werden. Auch können die Beiträge zur Sozialversicherung insgesamt erhöht werden, wodurch ja ebenfalls die verfügbaren Löhne gesenkt werden, ohne daß die zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelten Lohnsteigerungen betroffen würden.

So zeigt es sich, daß und wie durch „ökonomische Sachzwänge“ infolge der Massenarbeitslosigkeit und durch politischen Druck eine „sozial verantwortliche Lohnpolitik“ herbeigeführt werden soll, die letztlich auch auf eine *Veränderung des politischen Kontextes* abzielt, in dem sich die Organisationen der Arbeiterklasse bewegen. Ganz im Sinne neoklassischer Vorstellungen (die mittlerweile die wirtschaftspolitischen Konzeptionen von Regierungen und internationalen Instanzen weitgehend beherrschen) wird beispielsweise von der OECD gefordert, daß *erstens* die Regierungen den *Rahmen für die Tarifauseinandersetzungen* zwischen Lohnarbeiterorganisationen und Kapitalorganisationen formen, also vor allem für Preisstabilität (mit monetaristischer Politik) sorgen, und sich um das Verständnis in der Bevölkerung für den Zusammenhang von Lohnentwicklung und allgemeiner wirtschaftlicher Entwicklung kümmern sollen; daß *zweitens* von der Regierung *quantitative Leitli-*

30 Mit dieser Entwicklung ist das – nicht nur – operaistische Konzept der „centralità operaia“ in die Krise geraten. Dies besagt, daß mit der Krise, Arbeitslosigkeit, Umstrukturierung des Produktionsprozesses, Veränderung in der Klassenzusammensetzung, Verschiebung im Verhältnis der „Ebenen“ – vom Betrieb bis zur Ebene des politischen Institutionensystems – im Sinne einer Veränderung ihrer jeweiligen politischen Bedeutung, Entstehung von neuen politisch-kulturellen Formen auch die politischen Konzeptionen und Strategien, die von der „produktiven Arbeit“ als Zentrum ausgehen, fragwürdig geworden sind. Dazu vgl. Massimo Cacciari, *Classe operaia e bisogni* (Interview über „Operaismo e centralità operaia“) in: *Citta futura*, Nr. 26, 23. November 1977 und vor allem die Beiträge zu einem Kongreß zum Thema *Operaismo e centralità operaia* im November 1977 in Padova, abgedruckt (gekürzt) in: *Rinascita*, 6.1.1978. Als Buch erschienen: *Napoletano/Tronti/Accornero/Cacciari, Operaismo e centralità operaia*, Roma 1978. Ob es gerechtfertigt ist, an die Stelle der „Arbeiterautonomie“ der Operaisten nun die „Autonomie des Politischen“ zu setzen (so jedenfalls zieht Mario Tronti Konsequenzen aus der „crisi della centralità operaia“) sei dahingestellt. Vgl. auch die Beiträge von Kallscheuer/Rafalski/Wenzel in diesem Heft.

nien für die Lohnpolitik vorgegeben werden sollen, an denen sich die Verhandlungspartner zu orientieren haben; und daß drittens „formelle oder informelle Kommunikationsformen zwischen Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen ... als Mittel der Sicherung von Verpflichtungen in Bezug auf eine Mäßigung von Lohnforderungen und -abschlüssen“ (31) eingerichtet werden sollten.

Sowohl die Politik der Senkung von Lohnstückkosten, die an der Gestaltung der Produktivität ansetzt, als auch die Politik der Lohnbegrenzung führen zu einer Veränderung des politisch-institutionellen Rahmens, in dem der Klassenkonflikt ausgetragen werden kann. Auf diese Weise trägt das bürgerliche kapitalistische System der Tatsache Rechnung, daß eine „Bereinigung“ der Krise zweierlei bedeutet: nämlich Wiederherstellung der Profitabilität des Kapitals und Rationalisierung des politisch-institutionellen Rahmens als Grundlage weiterer Entwicklung. Insgesamt laufen diese Formierungsversuche auf eine *vertikale Strukturierung* der Gesellschaft hinaus, in der der horizontale Klassenkonflikt durch staatlich organisierte Vermittlung moderiert und den Erfordernissen der Entwicklung des Kapitals untergeordnet werden soll. Die diesem gesellschaftspolitischen Konzept entsprechende Ideologie wird von der Neoklassik geliefert, woraus sich ja gerade deren Aufschwung in den 70er Jahren erklärt (32).

3.2. Staatliche Restriktionsprogramme

Der Sachverständigenrat faßt in seinem Jahresgutachten 1977/78 die „Maßnahmen und Sonderprogramme, die die einzelnen Regierungen 1977 beschlossen haben“, wie folgt zusammen:

- „— eine Ausweitung oder Verlängerung der Abschreibungserleichterungen für private Investitionen sowie eine steuerliche Begünstigung von Eigenkapitalbildung (Frankreich, Belgien, Niederlande, Bundesrepublik),
- partielle Anpassungen der Einkommensteuer an den Preisauftrieb (Frankreich, Belgien, Niederlande, Bundesrepublik),
- die Erhöhung von Verbrauchssteuern und von öffentlichen Tarifen (Frankreich, Italien, Großbritannien, Belgien, Bundesrepublik),
- eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (Niederlande, Dänemark, Italien, Bundesrepublik),
- Anreize für zusätzliche Beschäftigung in privaten Unternehmen durch eine befristete Subventionierung der Lohnkosten (Frankreich, Belgien, Niederlande, Großbri-

31 OECD, *Socially responsible wage policies and inflation*, Paris 1975, S. 65. Bei diesen „Vorschlägen“ handelt es sich natürlich nicht um „ganz neue“ Ansätze der Organisation des Klassenkonflikts, sondern um schon längst in verschiedener Form praktizierte Regelungen der Einkommenspolitik in vielen Ländern. Dennoch ist wichtig, daß vermittelt über internationale Organisationen per „Erfahrungsaustausch“ Verallgemeinerungen korporativer Strukturen nahegelegt werden.

32 Diese politische Restrukturierung bleibt außerhalb der Darstellung dieses Problemaufrisses. Hier müssen weitere Forschungen ansetzen. Vgl. auch Anm. 55

tannien – und, so können wir hinzufügen, auch Italien – Verf.),
 – spezielle Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit und zur Vergrößerung des Angebots von Ausbildungsplätzen (Frankreich, Belgien, Italien, Großbritannien, Bundesrepublik),
 – eine zeitweilige Option für ältere Arbeitnehmer, vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszuschneiden ... (Frankreich, Großbritannien).“ (33)

Mit diesen Maßnahmen ist allerdings nur eine Dimension staatlicher Krisenvermeidungsstrategie bezeichnet, diejenige der Beeinflussung von Rentabilität und Arbeitsmarkt. Ihre Wirkung ist allerdings fragwürdig, wie insbesondere die Zunahme der Arbeitslosigkeit bis Mitte 1978 im EG-Bereich verdeutlicht. Die andere Dimension betrifft die *direkten Einsparungen im Staatshaushalt*, die zum Teil zwar in den Maßnahmebündeln benannt sind (Erhöhungen der Verbrauchssteuern und von öffentlichen Tarifen), die aber noch weitergehen: Um die Haushaltsdefizite zu verringern, sind in der BRD mit dem Haushaltsstrukturgesetz vom August 1975 für die kommenden Jahre in Höhe von 5.1 Mrd. DM 1976, 6.6 Mrd. DM 1977 und 11.4 Mrd. DM 1978 Einsparungen vor allem im sozialen Bereich vorgenommen worden, darunter als größter Brocken die Kürzung von staatlichen Zuschüssen an die Arbeitslosenversicherung, was zur Erhöhung von Arbeitslosenversicherungsbeiträgen führte (34). In Italien wird seit 1976 ein Austerity-Programm größten Ausmaßes praktiziert („Stangata“; d.h. Politik des Schlags mit dem Knüppel). Durch Steuer- und Tarifierhöhungen sind rund 6000 Mrd. Lire (ca. 24 Mrd. DM), das sind 4.5 v.H. des Volkseinkommens eingespart worden. Im Jahre 1978 sollen durch Steuererhöhungen weitere 2800 Mrd. Lire mehr eingenommen und gleichzeitig die Ausgaben des Staates um 3200 Mrd. Lire reduziert werden (35). Auch in Großbritannien werden umfangreiche Einsparungen in Höhe von ca. 2.5 Mrd. Pfund Sterling vorgenommen, um das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte von 9 v.H. auf 5 v.H. des Bruttosozialprodukts zu senken. Gleichzeitig wird die Restriktion der öffentlichen Haushalte noch in den Ländern mit defizitärer Zahlungsbilanz komplettiert durch eine restriktive Geld- und Kreditpolitik, so daß die auf der anderen Seite durchgeführten oder immerhin geplanten Maßnahmen zur Beschäftigungsausweitung konterkariert werden (36).

Diese Restriktionen lassen sich nicht als Ausdruck und Versuche der Behebung der *strukturellen Fiskalkrise des Staates* erklären. Sie sind zwar Reaktionen auf das mit dem konjunkturellen Abschwung und dann im Verlauf der Krise retardierende Steueraufkommen. Aber entscheidend ist die Tatsache, daß das Staatsdefizit im Unterschied zu früheren Phasen der Akkumulation von Kapital *destabilisieren-*

33 Jahrgutachten 1977/78, S. 48

34 Wolfram Laaser, Die Fiskalpolitik in der Wirtschaftskrise 1974/75, in: Prokla 28/1977, S. 3 ff.

35 Vgl. Maria Luisa Pesante, La Situazione economica ..., a.a.O., S. 33; Der Corriere della Sera berichtet (30. Mai 1978), daß die Austerity-Maßnahmen, die 1978 neu geplant werden, jede Familie im Durchschnitt 60 000 Lire (150 DM) kosten wird.

36 Nach Darstellungen im Jahrgutachten, Neue Zürcher Zeitung, Le Monde, OECD-Observator

den und keine antizyklisch-stabilisierenden Effekt hat. Denn einmal haben die davon ausgehenden inflationistischen Impulse negative Zahlungsbilanzeffekte, und zum anderen ergeben sich daraus weitere Einschränkungen der Rentabilität des Kapitals infolge der – wie die Neoklassiker ganz richtig analysieren – Umverteilung von Ressourcen vom privaten zum staatlichen Bereich. (Allerdings begreifen sie nicht, daß dies nur innerhalb der Rahmenbedingungen des kapitalistischen Systems negativ ist, und bei Änderung des Rahmens positiv wirken könnte!) Die innerhalb des bestehenden Systems notwendige Rückverteilung von Ressourcen ergibt sich aus den Veränderungen der Kapitalstruktur im Prozeß der Akkumulation. Da die Kapitalintensität sehr stark angestiegen ist, müssen für die Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes (also nicht für die Mobilisierung eines schon bestehenden, nicht besetzten Arbeitsplatzes) steigende Kapitalsummen investiert werden; nach Berechnungen des DIW schaffen 23.5 Mrd. DM gerade 199.000 Arbeitsplätze (37). Bei nur mäßig steigendem oder stagnierendem Sozialprodukt können aber die großen Kapitalsummen nur durch *Ausweitung der Investitionsquote* aufgebracht werden. Dies bedeutet auf der anderen Seite eine Senkung der Konsumquote, und zwar sowohl der privaten als auch der staatlichen. Die Verbesserung der *Investitionsmöglichkeiten* scheint also ebenso wie die Förderung der *Investitionsneigung* durch Profitanreize das Restriktionsprogramms des Staatshaushalts erforderlich zu machen.

So vervollständigt sich die Begründung für Austerity: Aus den Veränderungen der Kapitalstruktur ergeben sich in der Krise Zwänge, die sowohl auf eine Umverteilung vom öffentlichen zum privaten Sektor verweisen, als auch Begrenzungen der „Lohnstückkosten“ erfordern, um die „Profitstückkosten“ entsprechend zu erhöhen. Nur so scheinen sich Investitionsmöglichkeiten und Investitionsneigung der Unternehmer verbessern zu lassen – zum Zwecke der Schaffung von Arbeitsplätzen, wie es zur Begründung heißt. Die Vermittlungen dieser „Sachzwänge“ sind vielfältig und komplex; sie erscheinen als Notwendigkeit der Inflationsbekämpfung, des Zahlungsbilanzausgleichs, der Ankurbelung der Investitionen oder der Reduzierung des Staatsdefizits. Ihr Rationale ist jedoch immer das gleiche: Wiederherstellung von ökonomischen und politischen Bedingungen der Verwertung von Kapital und Schaffung eines dazu funktionalen sozialen Rahmens und politischen Institutionensystems.

4. Die Internationalisierung der Austerität

*„... die ungelösten Beschäftigungsprobleme (legten) ... eine erschreckende Neigung offen, aus kurzfristigen Motiven die Fortentwicklung der internationalen Arbeitsteilung und damit die Verbesserung des allgemeinen Wohlstands zu behindern.“
(Sachverständigenrat, JG 1977/78, S. 2)*

Da es sich bei der Krise der 70er Jahre um eine Weltmarktkrise handelt, ist es wenig verwunderlich, wenn in allen entwickelten kapitalistischen Ländern ähnliche, durch die historischen Bedingungen jeweils akzentuierte Problemlagen entstehen, die zu ähnlichen Lösungsstrategien in der staatlichen Wirtschaftspolitik Anlaß geben. Daß der westdeutsche Sachverständigenrat von den „Maßnahmen und Sonderprogrammen“ der Regierungen der Europäischen Gemeinschaft sagen kann, sie „ähneln sich“, hat mit dem *Weltmarktcharakter* der Krise zu tun. Der wirtschaftspolitische „Paradigmenwechsel“, von dem die Rede war, ist folglich auch keine Angelegenheit, die sich auf einzelne Länder begrenzen ließe: Die Austerität ist international: sie erscheint als Barre-Plan in Frankreich, als „Stangata“ in Italien, als Restriktionsprogramm in den USA usw. In diesem Problemaufriß der Austerität kann es nicht darum gehen, die Wirtschaftspolitiken der einzelnen Länder im einzelnen und intensiv zu prüfen. Hier wollen wir uns damit auseinandersetzen, daß die *Austerität* von den im Gefolge der Weltmarktintegration nach dem zweiten Weltkrieg geschaffenen internationalen Organisationen und Institutionen „transportiert“ wird.

Trotz der feststellbaren Ähnlichkeiten ist die Betroffenheit doch höchst unterschiedlich. Was Ungleichmäßigkeit der Entwicklung im Kapitalismus bedeutet, wird erst so recht in der Krise klar: Denn nun kann sich relative Zurückgebliebenheit in absoluten Nachteil verwandeln. Die Unterschiede in der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, Unterschiede in der Preis- und Lohnentwicklung machen sich bei Weltmarktverflechtung in „strukturellen Ungleichgewichten“ der Zahlungsbilanz und entsprechenden Kursverschiebungen bemerkbar. Die Stärke bzw. Schwäche eines Landes findet also einen konkreten, meßbaren Ausdruck, der sich als ökonomischer Sachzwang politisch geltend macht. „Transportmittel“ der Zwänge ist das *Geld als internationales Zahlungsmittel*, das Länder mit strukturellen Defiziten der Zahlungsbilanz brauchen, um ihre Schulden und nicht nur die Schulden, sondern auch auf Dauer die Importe, bezahlen zu können. Eine Zeitlang ist die Bezahlung der Importe mit eigener Währung möglich, aber wenn diese Währung stetig auf den Devisenmärkten in größerer Menge angeboten als nachgefragt wird, sinkt der Wechselkurs und entsprechend teurer werden die Importe. Infolgedessen – und wegen der negativen, nämlich inflationistischen Wirkungen einer Währungsabwertung – entwickeln die betroffenen Länder von sich aus ein Interesse an einer binnenwirtschaftlichen Politik, die die Exporte fördert, die Importe begrenzt oder Geldkapital aus anderen Ländern anzieht, d.h. dem ausländischen Kapital Anlagemöglichkeiten eröffnet. Wenn hier von den „betroffenen Ländern“ die Rede ist, dann ist das allerdings nicht so zu verstehen, als ob es sich hierbei um ein durchgängiges, widerspruchsfreies Interesse „des“ Landes handeln würde. Es gibt schließlich innerhalb des Kapi-

tals Fraktionen, die an einer Währungsabwertung profitieren, nämlich bestimmte Teile des Finanzkapitals, auch manche Teile des exportorientierten Kapitals, bei dem in die Produktion der Exportwaren wenig zu importierende Rohstoffe und Halbfertigwaren eingehen. Auch die Arbeiterklasse hat kein ungebrochenes Interesse an einer Politik des Zahlungsbilanzausgleichs durch Exportförderung und Importreduzierung. Denn die in der Regel eingeleiteten Maßnahmen stellen auf Kostenreduzierung ab, und das heißt dann Senkung der Lohnstückkosten und Restriktion der Staatsausgaben; politische Programmatiken also, die wir im vorangegangenen Abschnitt erörtert haben.

Es wird aber jetzt klarer, daß die skizzierten Austerity-Maßnahmen durch den *Weltmarktzusammenhang aufgeherrscht* werden und mit der Notwendigkeit des Zahlungsbilanzausgleichs ihre Begründung finden. Umgekehrt scheint für Länder mit einer strukturell überschüssigen Zahlungsbilanz (wie die BRD) kein Zwang zur Austerity ableitbar zu sein, im Gegenteil; in der Diskussion 1977/78 wird gerade von den Überschußländern wie der BRD oder Japan eine expansive Politik erwartet, damit sie auf dem Weltmarkt die Rolle einer „Lokomotive“ der Weltkonjunktur spielen und mit steigender Nachfrage die anderen Länder „mitziehen“. Diese „Lokomotivtheorie“ ist aber auf starken Widerstand gestoßen, da offensichtlich die Gefahr vermutet wurde, daß mit expansiver Politik und dementsprechend höheren Preissteigerungsraten die günstige Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt verloren gehen könnte (38). Die Konkurrenz zwischen nationalen Kapitalen wandelt sich zum *Konkurrenzkampf* (der „feindlichen Brüder“, wie Marx vom Konkurrenzkampf der Einzelkapitale in der Krise sagt), in dem nicht erwartet werden kann, daß die Länder mit günstiger Ausgangsposition diese in Frage stellen würden. Allerdings gibt es ein *gemeinsames Interesse* an der Erhaltung der Weltmarktintegration, jedenfalls daran, daß durch die strukturellen Defizit- bzw. Überschußsituationen der Zahlungsbilanzen nicht die Tendenzen einer Einschränkung des Waren- und Kapitalverkehrs auf dem Weltmarkt bis zum Kollaps des Welthandels, wie als Folge der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre, vorwärtsgetrieben werden. Die im langen Weltmarktaufschwung entstandene *Internationalisierung* der Produktion wird zu einem Hindernis für Autarkiepolitik. Die Besorgnisse über Tendenzen dieser Art kommen in den Ausführungen des Sachverständigenrates, wie sie oben (als Motto) zitiert worden sind, deutlich zum Ausdruck.

Anders als in der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre existiert heute ein komplexes internationales System von Institutionen, die die Aufgabe haben, die aus den Ungleichgewichten und Unausgeglichenheiten der Zahlungsbilanzen resultierenden Schwierigkeiten im internationalen Zahlungs- und Handelsverkehr anzugehen. Hier-

38 Die „Lokomotivtheorie“ war in der ersten Jahreshälfte 1978 ein Streitpunkt vor allem zwischen den USA und einigen westeuropäischen Ländern auf der einen Seite und der BRD und Japan auf der anderen Seite. Von den letztgenannten Ländern wurde eine bedeutsame Ankerbelug des Wachstums zur Förderung der Weltmarktnachfrage erwartet. Die BRD mit ihrem strukturellen Warenexportüberschuß, der sich funktional in die Reproduktionsstruktur einpaßt, konnte natürlich nicht darauf eingehen, bedeutend mehr Waren zu importieren ...

bei spielen neben bilateralen Abkommen insbesondere die Europäische Gemeinschaft und der Internationale Währungsfonds eine Rolle. Ihre Möglichkeiten ergeben sich aus Kreditlinien, die sie den Defizitländern in „harter Währung“ einräumen können (39). Wie im Geschäfts- und Kreditverkehr zwischen Banken und privaten Unternehmen auch, so wird die Kreditvergabe an Bedingungen gebunden, die den die Kredite in Anspruch nehmenden Ländern gestellt werden. Dies geschieht nicht in Form von Verträgen mit internationaler Gültigkeit, sondern als „stand-by-arrangement“ das zwischen dem IWF und dem betreffenden Land getroffen wird. Dabei bekundet das die Kredite in Anspruch nehmende Land in einer einseitigen formellen Absichtserklärung („letter of intent“), welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen durchgeführt werden sollen, um die Ursachen des strukturellen Defizits zu beseitigen. Im Grundsatz werden die „letters of intent“ mit dem IWF abgesprochen, und je nach der politischen und ökonomischen Position des Landes können sich seine Vorstellungen mehr oder weniger durchsetzen. Ganz im monetaristischen Sinne wird regelmäßig die Zusicherung im „letter of intent“ erwartet, daß erstens die inländische Kreditausweitung beschränkt und zweitens der Devisenverkehr liberalisiert wird bzw. bleibt (40). In vielen Fällen sind diese allgemeinen Absichtserklärungen allerdings konkretisiert und quantifiziert worden. So kündigt die britische Regierung im „letter of intent“ vom Dezember 1976 an, daß sie das Haushaltsdefizit des Staates drastisch reduzieren würde, daß die Expansion der inländischen Kredite begrenzt werden, daß die Handelsbilanz einen Überschuß bringen solle und daß die Durchschnittsverdienste der Arbeitnehmer um nicht mehr als 10 v.H. steigen sollten. Am 14. April 1977 kündigt die italienische Regierung in einem ebensolchen „letter of intent“ an, daß sie die Leistungsbilanz aktivieren (was 1977 auch gelungen ist), die inländische Kreditexpansion strikt begrenzen, das Haushaltsdefizit auf 13.000 Mrd. Lire (gegenüber ursprünglich noch geplanten 15.000 Mrd. Lire) reduzieren wolle. Darüber hinaus kündigt die Regierung auch die Modifikationen der *scala mobile* sowie die Fiskalisierung eines Teils der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber an (41). Ganz offensichtlich wird hierbei, daß Austerity-Politik international abgestimmt wird. Wie wir schon am Beispiel der Interpretationen der ökonomischen Lage und der Empfehlungen zur Behebung von „Ungleichgewichten“ seitens der OECD gesehen haben, sind die Rezepte neoklassisch-monetaristischen Zuschnitts.

Dabei allerdings wird ein Widerspruch produziert zwischen den in den „letters of intent“ niedergelegten restriktiven Maßnahmen auf nationalstaatlicher Ebene

39 Zur Funktionsweise der internationalen Organisationen vgl. Deutsche Bundesbank, Internationale Organisationen und Abkommen im Bereich von Währung und Wirtschaft, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank, Frankfurt/Main, März 1978

40 Hierzu die Analyse von Rolf Knieper, Stand-by-Arrangements des Internationalen Währungsfonds (IWF), unveröff. Manuskript, Bremen 1978

41 Vgl. die Überblicke des Sachverständigenrates im Jahresgutachten 1977/78 über „wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland“, S. 35 ff., sowie Presseberichte in Neue Zürcher Zeitung, Le Monde, Corriere della Sera. Eine Analyse der Rolle des IWF liefert Gerhard Leithäuser, Der internationale Währungsfonds (IWF) und die eingeschränkte Souveränität nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik in seinem Einflußbereich, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, März 1978, S. 290 ff.

und der Kreditausweitung auf internationaler Ebene. Denn im Prozeß der „Demonetisierung des Goldes“ und seitdem die Goldkonvertibilität des Dollar (der immer noch die wichtigste Weltwährung ist) aufgehoben worden ist (August 1971), sind die Schranken der internationalen Kreditausweitung nur noch politisch ausgehandelt. Die sogenannten „Sonderziehungsrechte“ des IWF sind mehrfach aufgestockt worden und vergrößern somit die Weltliquidität, die wiederum eine Bedingung für die Realisierung inflationistischer Preispolitik darstellt (42). Und darüber hinaus ist aufgrund des permanenten Defizits der US-Zahlungsbilanz (43) und der Nicht-Repatriierbarkeit von Teilen der sich im Ausland befindenden Dollars ein Kreditmarkt (Eurodollarmarkt) entstanden, dessen Volumen gegenwärtig auf mehrere hundert Milliarden Dollar geschätzt wird. Dieser Markt entzieht sich fast jeder Kontrolle und ist gerade für die großen Konzerne und die Banken bei liberalisiertem Devisenverkehr eine Quelle für Kredite, wenn deren Expansion binnenwirtschaftlich begrenzt wird. Mit anderen Worten: die vom IWF erwarteten Maßnahmen der Erhaltung oder Schaffung eines freien Devisenverkehrs und der Kreditrestriktion im Inland stehen in einem *unversöhnlichen Widerspruch* zueinander. Allerdings haben diese unvereinbaren Maßnahmen durchaus Konsequenzen. Denn zum Euromarkt haben die großen Konzerne und die Banken Zugang, nicht aber das kleine und mittlere Kapital, so daß sich mit den restriktiven Maßnahmen die *Ausleseprozesse* in Richtung weiterer Konzentration in der Wirtschaft verstärken dürften. Weil die Maßnahmen, die im „letter of intent“ genannt werden, nur *global* wirken, treffen sie eine Auslese, die strukturpolitisch sehr unerwünscht sein kann und längerfristig die strukturellen Zahlungsbilanzprobleme noch verschärft.

Stand-by-arrangements der geschilderten Art sind im Rahmen der Politik des IWF nicht neu. Nur wurden die in den „letters of intent“ niedergelegten restrikti-

42 Im Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1977 heißt es: „Die Finanzierung der Zahlungsbilanzdefizite ... führte im Jahre 1977 zu einer beispiellosen Ausweitung der internationalen Liquidität ... Insgesamt nahmen die Weltwährungsreserven um rund 56 Mrd. Dollar ... zu“ (S. 57). Da internationale Liquiditätsausweitung nicht an die Zunahme des Goldes gebunden ist, und mit den Sonderziehungsrechten internationale Liquidität ohne Basis in der Warenzirkulation eines Landes entstanden ist, kann Liquidität tatsächlich aufgrund von internationalen Vereinbarungen erzeugt werden. Im Sommer 1977 ist beispielsweise eine wenn auch befristete „zusätzliche Finanzierungsvorkehrung“ in Höhe von 8,7 Mrd. Sonderziehungsrechten (SZR), also von etwa 10 Mrd. Dollar getroffen worden, die zur Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten Verwendung finden kann. Daß hier Inflationsquellen liegen, dürfte einleuchten. Die Ursache der Inflation ist allerdings damit nicht bezeichnet, nur die Fazilitäten, damit sich die inflationistischen Tendenzen realisieren können.

43 Für die Entwicklung des Weltwährungssystems, in dessen Rahmen dem Dollar eine besondere Rolle als Leit-, Interventions- und Reservewährung zukommt, ist das Zahlungsbilanzdefizit der USA notwendig. Denn auf andere Weise kann der Dollar als Weltgeld nicht in die internationale Zirkulation geraten. Die USA können sich also im Gegensatz zu allen anderen Ländern permanent verschulden, ohne daß sie dadurch in eine Krise geraten. Da Dollarsummen permanent „exportiert“ worden sind, hat sich auf ihrer Basis ein besonderer Markt, der „Euro-Dollar-Markt“ entwickelt, der außerhalb der Kontrolle der Zentralbanken als Finanzierungsrückhalt der multinationalen Konzerne und Banken, aber auch der Zentralbanken fungiert.

ven Bedingungen in der Regel von schwach entwickelten Ländern und nicht von kapitalistischen Metropolen wie Großbritannien oder auch Italien formuliert. Darin kommt zweierlei zum Ausdruck. *Erstens* ist dies eine Folge der Veränderung der Weltwährungsordnung mit dem *Zusammenbruch des Bretton Woods Systems*. Bei einem System flexibler Kurse, durch das jedoch nicht – im Gegensatz zu den neoklassischen Erwartungen – die Zahlungsbilanzungleichgewichte verhindert, abgebaut oder auch nur verringert worden wären (44), werden verstärkt *fallweise Regelungen* entweder in direkter Absprache der Regierungen untereinander oder durch Einbezug internationaler Organisationen und Institutionen (EG, IWF) zur Behebung der Zahlungsbilanzungleichgewichte getroffen. Dies zeigt nur, daß der „Systemcharakter“ des Währungssystems verloren gegangen ist, und die Tendenzen der ungleichmäßigen Kapitalakkumulation nicht mehr durch das Währungssystem gefiltert – das dadurch auch immer wieder in schwere Krisen geraten konnte – ihren Ausdruck finden, sondern *direkte* Konsequenzen tragen, auf die nun die staatliche und die überstaatliche Wirtschaftspolitik reagieren. *Zweitens* zeigt sich hierbei die Wirkung der Krise, in der anders als in der allgemeinen Prosperität Zahlungsbilanzdefizite nicht in der Erwartung einer stark expandierenden Weltmarktnachfrage auf die „leichte Schulter“ genommen werden können.

Kann nun die Behauptung aufgestellt werden, die internationalen Institutionen, vor allem der IWF, würden unter Mißachtung nationalstaatlicher Souveränität die Regierungen der betroffenen Länder zu einer Austerity-Politik zwingen? Die Frage kann mit einem „nein“ beantwortet werden. Denn obwohl die im „letter of intent“ niedergelegten Absichtserklärungen mit dem IWF ausgehandelt worden sind, entsprechen sie doch bestimmten Fraktionen, Strömungen in der Gesellschaft und im politischen System, in den Parteien. Die Restriktionsmaßnahmen bei den Staatsausgaben, die Politik des Drucks auf die Löhne, die Umstrukturierungen im Reproduktionsprozeß liegen auf der strategischen Linie der Antikrisenpolitik eines bestimmten Flügels der Bourgeoisie, und sie entsprechen den theoretischen und wirtschaftspolitischen Vorstellungen des herrschenden „wissenschaftlichen Sachverständs“. Damit wird nur der Versuch gemacht, ohne Veränderung des kapitalistischen Akkumulationsmodells die Verwertungsbedingungen des Kapitals wiederherzustellen, d.h. entsprechende redistributive Maßnahmen vorzunehmen, durch die die Lohnstückkosten gesenkt werden können. Wenn durch internationale Organisationen diese Politik befördert wird, dann heißt das eigentlich nichts anderes, als daß es die Arbeiterklasse bei ihrer Programmatik und mit ihren Aktionen nicht mehr nur mit dem nationalen Kapital, sondern mit dem *kapitalistischen System im Weltmaßstab* zu tun hat. Darin besteht der Druck, der vom IWF ausgeübt werden kann. Empörung über Eingriffe in souveräne Rechte der Nationen ist nicht am Platze, zumal durch die Internationalisierung des Kapitals dem traditionellen, politischen Souveränitätsbegriff sowieso schon die materielle Basis entzogen war.

44 Vgl. Hans-Eckart Scharrer, Währungspolitische Perspektiven für die BRD in der Post-Bretton-Woods-Ära, in: WSI-Mitteilungen, Mai 1976

5. Gibt es eine „alternative Austerity“?

„Für uns ist die Austerität ein Mittel, um die Wurzeln des Übels anzugehen und die Voraussetzungen zu schaffen für die Beseitigung eines Systems, das in eine tiefe strukturelle Krise geraten ist ... Austerität bedeutet Strenge, Leistung, Ernsthaftigkeit und in erster Linie Gerechtigkeit ...“

(Enrico Berlinguer, Austerität – Gelegenheit zur revolutionären Erneuerung Italiens, 1977)

Die praktizierte Austerität wirft das Problem auf, welche Alternativen von der Arbeiterbewegung dem entgegengesetzt werden können oder sollen. Wie kann es gelingen, daß die krisenhaften Anpassungsprozesse nicht bloß die Verbesserung der Wertungsbedingungen von Kapital und die Herstellung eines politisch-sozialen Kontextes, der ihnen funktional ist, zum Ergebnis haben? Denn dies würde auf die klassische „Bereinigung“ durch die Krise hinauslaufen und alle Vorstellungen der Arbeiterbewegung über gesellschaftspolitische Alternativen weit zurückwerfen. Und welche politischen Programmatiken und praktischen Schritte müssen unternommen werden, um in der Krise politisches Terrain nicht zu verlieren, sondern – im Sinne der Ausweitung der Hegemonie der Arbeiterklasse – zu gewinnen?

Es sind viele Alternativkonzeptionen entwickelt worden, die hier nicht im einzelnen geprüft werden können. An einem Beispiel wollen wir die Fallstricke von alternativer Programmatik aufzuzeigen versuchen, am Konzept alternativer Austerität der KPI. Weil die Krise keine nur ökonomische ist, müssen alle Programmatiken, die sich auf die wirtschaftspolitische Alternative *beschränken*, zu kurz greifen. Doch umgekehrt führt eine Überakzentuierung des politischen Charakters der Krise auch zu fragwürdigen Konzeptionen, wobei diejenige der „revolutionären“ oder „alternativen“ Austerität, die innerhalb der KPI diskutiert wird, insbesondere zu nennen ist (44a). Darunter wird ein Programm der Krisenüberwindung verstanden, mit dessen Hilfe vor allem die produktiven Investitionen angeregt und die defizitären Staatshaushalte und die Zahlungsbilanz saniert und damit sowohl die Arbeitslosigkeit verringert als auch die Inflation reduziert werden sollen. Die Methode zur Erreichung dieser Ziele lautet: Einschränkung des übermäßigen Verbrauchs, Verhinderung von Spekulation, Kapitalflucht, Steuerhinterziehung, Einschränkung oder Beseitigung von „Parasitismus“, Korruption, Verschwendung im privaten und im öffentlichen Bereich. Wir wollen uns damit näher auseinandersetzen, weil diese Umdeutung der Austerität für die Politik der größten eurokommunistischen Partei strategiebestimmend geworden ist.

44a Eine kritische Analyse der Austerität bietet sich auch deshalb an, weil innerhalb der westdeutschen Linken manche Gruppierungen sehr leicht geneigt sind, im absoluten Vertrauen in die Weisheit der Politik der KPI die Austerität im Stile von Hofberichterstattung als „langwierige Geburt des Neuen: der Hegemonie der arbeitenden Klassen“ zu bejubeln. Nichts lächerlicher und politisch nutzloser als ein solch liebedienerisches Verhalten zur KPI als Identifikationsobjekt, vor dem der wissenschaftliche Sozialismus geopfert wird. Siehe: Autorenkollektiv, Italien 1978: Alternative Austerität, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Nr. 4/1978

Um zu verstehen, wie ein Austerity-Konzept des Maßhaltens, das der Arbeiterklasse ja von der Bourgeoisie vorgehalten wird, *revolutionär* umgedeutet werden kann, ist es notwendig, sich einer bestimmten Interpretation des *Hegemonie-Begriffs* zu vergewärtigen. Im Gegensatz zu Gramsci, in dessen Theorie „Hegemonie“ eine materialistische Kategorie ist, die einer spezifischen Einschätzung des bürgerlichen Staates entstammt und vom ökonomischen Prozeß nicht abgehoben ist (45), wird das Konzept der Hegemonie in der Vorstellung der „revolutionären Austerity“ entmaterialisiert, idealisiert und moralisiert. Es ist dabei keineswegs zu bestreiten, daß Hegemonie, d.h. *Überlegenheit in der Leitung und Führung der Gesellschaft*, auch sehr viel mit moralischer Überlegenheit zu tun hat. Jedoch kann Moral nicht jenseits der ökonomischen und politischen Machtstrukturen zur Hegemonie befähigen. Genau dies jedoch steht hinter dem Konzept der „revolutionären Austerity“, wie es von Teilen der KPI verstanden wird: der Prozeß der Hegemonieausweitung geht voran, wenn bei der notwendigen Austerity die Arbeiterklasse und insbesondere die Kommunisten *beispielgebend* sind. In der Auseinandersetzung um die aufgrund der Krise zu bringenden Opfer und der dafür einzuhandelnden Gegenleistungen meint beispielsweise Giorgio Amendola: „Eine jede Politik der Linken, also der demokratischen Veränderung oder der gesellschaftlichen Erneuerung, erfordert Austerity, Ernsthaftigkeit und Strenge, die die Arbeiterklasse als führende nationale Kraft zu akzeptieren verstehen muß. Jede demagogische Politik, auch wenn sie in extremen Phrasen auftritt, kann gefährliche zentrifugale Tendenzen begünstigen, die Ausdruck für die Abweisung einer nationalen Disziplin sind. Diese aber ist unumgänglich für eine erfolgreiche Politik der Erneuerung. Doch darf diese Disziplin nicht auferlegt werden, sie muß akzeptiert werden. Und daher erfordert sie Diskussionen, breite Beteiligung der Volksmassen, den Konsens der Massen hinsichtlich der durchgeführten Maßnahmen. Sie erfordert also Selbstdisziplin. *Die Kommunisten müssen die ersten bei diesem schwierigen Werk der demokratischen Selbstdisziplin sein...*“ (46)

In diesen Ausführungen kommt sehr deutlich das *ideologische*, das moralische Element der Austerity zum Tragen, von dem wir zu Beginn gesprochen hatten. Aber diese Moral hat eine Reihe von Tücken, die immer deutlicher zu Tage treten, je länger die Krise dauert.

Erstens ist sie ganz in den Wertvorstellungen der *traditionellen* Arbeiterbewegung befangen, in der Arbeit und Leistung und Sparsamkeit einen hohen Stellenwert einnehmen, gerade in Abgrenzung zum „prassenden Bourgeois“. Aber diese Wertvorstellungen, die aus dem protestantisch-kalvinistischen Repertoire stammen, konnten und können nicht als durchgängig akzeptabel betrachtet werden; ihre ge-

45 Vgl. dazu in deutscher Sprache Karin Priester, a.a.O.; Annegret Kramer, Gramscis Interpretation des Marxismus, in: Gesellschaft – Beiträge zur Marxschen Theorie 4, Frankfurt/Main 1975, S. 65 ff.; De Giovanni/Gerratana/Paggi, Gramsci-Debatte 1: Hegemonie, Staat und Partei, Hamburg 1978

46 Giorgio Amendola, Coerenza e Severità, in: Politica ed Economia, August 1976. Das längere Zitat stammt aus einem Kurzbeitrag von Giorgio Amendola, Quel che bisogna colpire quel che bisogna attuare, in: La proposta comunista, Roma 1976, S. 19

sellschaftspolitische, sozialisierende Kapazität dürfte eher rückläufig sein und in der Krise erodiert sie weiter mit der Entstehung von Massenarbeitslosigkeit und der daraus sich ableitenden Schichtendifferenzierung innerhalb der Arbeiterklasse und neuer Bewußtseinsformen, von denen wir kurz berichtet haben. Unglaublich wird die positiv vorgestellte Austerity-Moral auch deshalb, weil ja in der Krise der 70er Jahre offensichtlich geworden ist, daß Beschäftigung und wirtschaftliches Wachstum nicht mehr parallel verlaufen. Es ist keineswegs einsichtig, wieso Strenge, Sparsamkeit, Restriktionen notwendig sein sollen, wenn doch trotz Arbeitslosigkeit der „nationale Wohlstand“ (ausgedrückt in den Wachstumsraten des Sozialprodukts) noch steigt und nicht etwa fällt. Arbeitslosigkeit und Krise können infolgedessen *immer weniger* als Ausdruck von *Mangel*, an den man sich anpassen muß, begriffen werden, und erscheinen immer mehr als Begleiterscheinung des Reichtums in kapitalistischer Form. Diese Dimension der Krise aber wird in einem Konzept „revolutionärer“ Austerity übersehen.

Zweitens sichert überlegene Moral nicht die Durchführung von wirklichen Veränderungen in der ökonomischen Struktur und im politischen System zu Gunsten der Arbeiterklasse. „Gesundung des Landes“ heißt – in den Vorstellungen der KPI – ein „verändertes Akkumulationsmodell“, produktive Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen vor allem in den zurückgebliebenen Regionen des Südens, Erhöhung der Produktivität der Arbeit, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, eine Reform der Staatsmaschinerie usw. Hinter dem Begriff der „revolutionären Austerity“ verbirgt sich also nicht nur eine Moral, sondern auch ein *wirtschaftspolitisches Alternativkonzept*. Bei dessen Realisierungsversuchen zeigen sich aber die größten Schwierigkeiten, weil es hier nicht mehr bloß auf das Beispiel überlegener Moral, sondern auf die *politische Konfliktfähigkeit* ankommt, mit der gegenüber der Bourgeoisie die Veränderungen errungen werden müssen. Denn es ist klar, daß die Krise, die Verschwendung, die Korruption und die Ineffizienz des Staatsapparates (alles Kritikpunkte in der Diskussion um die italienische Krise) nicht nur negative Momente sind, über deren Beseitigung sich alle Klassen und Schichten und Organisationen einig wären (und sich dann nur noch über den Weg auseinandersetzen würden). Vielmehr sind diese Erscheinungen Momente der Reproduktion der Herrschaft im politischen System, dessen markantester Ausdruck die Christdemokratie ist (47). Über *Austerity* ist eine Übereinkunft zwischen KPI und DC herzustellen, wie die Programmabsprachen nach den Wahlen vom Juni 1976 bis hin zum Quasi-Eintritt der KPI in die Regierung im März 1978 belegen, *nicht* aber über *grundlegende Veränderungen* des ökonomischen und politischen Systems. So ist es verständlich, wenn Berlinguer im Frühjahr 1978 die feinsinnige Unterscheidung zwischen „*Austerity*“ als der bloßen Sparpolitik und „*Austerità*“ als einer Politik der Einsparungen *und* der Veränderungen im Sinne von Strukturreformen macht (48).

47 Hierzu Aris Accornero, a.a.O.; auch Carlo Donolo, *Mutamento o transizione Politica e societa nella crisi italiana*, Bologna 1977. Vgl. auch Kallscheuer/Rafalski/Wenzel, a.a.O., Prokla 29

48 Diese Unterscheidung macht Berlinguer nach den für die KPI bestürzenden Ergebnissen

Denn es ergeben sich aufgrund der Austerität für eine Partei der Arbeiterklasse eine Fülle von Widersprüchen und Schwierigkeiten. Die Austerität *ohne* gesellschaftliche Veränderungen wirkt ungleich. Die Restriktionspolitik mit Beschränkungen der Staatsausgaben und Steuer- bzw. Gebührenerhöhungen hat für alle Konsequenzen; denn die höheren Strom- und Benzinpreise müssen alle Elektrizitäts- und Benzinverbraucher zahlen. Aber die Möglichkeiten, dies durch Lohnerhöhungen zu kompensieren, sind ausgesprochen ungleich. Die gewerkschaftlich organisierten beschäftigten Arbeiter in den großen Fabriken des Nordens haben dazu ungleich günstigere Möglichkeiten als die Arbeitslosen des Südens oder auch die vielen Millionen Arbeiter, die zwar über den „schwarzen Arbeitsmarkt“ einen prekären Job erhalten haben, aber ohne gewerkschaftlichen Schutz und andere Absicherungen wenig Chancen haben, die Reduzierungen der Realeinkommen durch die Austerität abzufangen. Dadurch gerät also das „Bündnis zwischen Arbeiterklasse, Arbeitslosen und denjenigen, die keinen Schutz vor Preissteigerungen haben, in weitere Schwierigkeiten“ (49). Eine Partei der Arbeiterklasse, die eine solche Politik trägt, wird dementsprechend *unglaublich* bei denjenigen, die für die Austerität zu zahlen haben, ohne daß wirkliche Veränderungen im Sinne einer Verbesserung der Lebenslage in Sicht wären. Austerität unterstützt somit die Spaltungstendenzen in der Arbeiterklasse und *unterminiert* folglich auch die soziale Basis der KP.

Drittens stellt es sich heraus, daß „revolutionäre Austerität“ auch deshalb zum bloßen Schlagwort gerinnt, weil die Veränderungen der ökonomischen Strukturen und der gesellschaftlichen Verhältnisse und des politischen Systems weit davon entfernt sind, eine wirkliche Alternative der Entwicklung zu eröffnen. Dann aber besteht immer die Gefahr, daß Austerität, so wie wir es in den vorangegangenen Abschnitten analysiert haben, lediglich die *politische Unterstützung für die ökonomischen Prozesse der Krisenbereinigung im Sinne einer Rationalisierung des Akkumulationsprozesses* und der Wiederherstellung von Verwertungsbedingungen für einen erneuten Aufschwung abgibt. Bloße Veränderung (*mutamento*) ohne eine Übergangsperspektive zu einem System alternativer Vergesellschaftung (*transizione*) wäre die Folge (50) und die Arbeiterklasse, bzw. die KPI als wichtige politische Organisation der Arbeiterklasse, würde so mit ihrer Politik die *Anpassung* der ökonomischen Strukturen und politischen Verhältnisse an die Bedingungen der Kapitalakkumulation unterstützen und auf diese Weise gerade *nicht* die politische Überlegenheit (Hegemonie) bei der Führung der Gesellschaft erweisen, sondern *passiv* dabei mitwirken, daß das Kapital, das Bürgertum, im Prozeß der Krisenüberwindung seine He-

bei den Kommunalwahlen vom 14. Mai 1978 am 25. Mai 1978. Er wendet sich rigoros gegen deformierte und verkehrte Interpretationen des „historischen Kompromisses“, ganz sicher um die verlorene Glaubwürdigkeit der KPI bei einem Teil der Bevölkerung (und besonders wichtig: bei einem Teil der Wähler) wiederzuerlangen. Vgl. II Manifesto, 26. Mai 1978

49 Luciano Soriente, L'Austerita e innanzitutto una politica di cambiamento, in: Rinascita, 2. Juni 1978

50 Carlo Donolo, a.a.O.; und Carlo Donolo, Oltre il '68 - La società italiana tra mutamento e transizione, in: Quaderni Piacentini, Nr. 60-61, 1976, S. 3 ff.

gemonie festigt. Tendenzen in dieser Richtung werden auch dadurch befördert, daß es zwischen Lohnarbeit und Kapital in der Krise *nicht nur gegensätzliche* sondern auch *gemeinsame* Interessen gibt, nämlich die Krise zu überwinden. Die Gefahr besteht nun darin, daß sich die Arbeiterbewegung in der Hoffnung auf eine beschleunigte Krisenüberwindung auf den „*Reformismus des Kapitals*“ einläßt und dabei nicht erkennt, daß deren Grundlage Effektivierung, Rationalisierung des Akkumulationsprozesses und die Anpassung des sozialen und politischen Kontextes ist. Diese Gefahr ist umso größer, wenn die Massenbewegungen und politisch-institutionelle Verankerung der Organisationen (hier geht es allerdings um die KPI) auseinanderfallen, sogar in Gegensatz geraten und Reformpolitik auf der Ebene des politischen Institutionensystems – vom Parlament bis in lokale Verwaltungen – entwickelt und getrieben wird, ohne daß damit die artikulierten Bedürfnisse und Probleme von *Bewegungen außerhalb des traditionellen Kerns* der Arbeiterklasse noch aufgenommen und in einem Konzept der grundlegenden Veränderung integriert würden. Hierbei handelt es sich um Probleme, die nicht nur aufgrund subjektiv zu verantwortender Fehler, falscher Politik zustandekommen, sondern von der *Struktur von Staat und Gesellschaft* in bürgerlichen Gesellschaften zumindest begünstigt werden. Denn durch die Stärke der KPI in der Gesellschaft, was seinen Ausdruck in den Wahlergebnissen findet, und durch die Verfahrenheit der Situation von Ökonomie und Politik in Italien, die zur Unfähigkeit der DC geführt hat, allein mit klarer bürgerlicher Perspektive einen Krisenausweg zu formulieren, gerät die KPI quasi-naturwüchsig in den *Bereich des Staatsapparates*, sie kann sich nicht aus seinem Bannkreis als prinzipiell oppositionelle Partei heraushalten. Sie wird also zur *Regierungspartei* (partito del governo) und muß doch *Kampfpartei* in der Gesellschaft (partito di lotta) bleiben (51). Aber in dieser Widersprüchlichkeit, die in zugespitzter Situation nicht ungelöst bleiben kann, besteht die Gefahr der Neigung zur Rolle der Regierungspartei mit der Konsequenz, daß alle diejenigen, die vom Reformismus oder von einer „revolutionären Austerität“ nicht zu profitieren vermögen, andere Formen der Artikulation und der Organisation ihrer Interessen entwickeln. Ihre Disgregation bedarf also der *politischen Aggregation*, die nicht ohne weiteres im Rahmen der KPI zu erfolgen vermag (52).

Viertens besteht eine Gefahr darin, daß in der strategischen Konzeption der *soziale Kampf dem politischen untergeordnet* wird (53) bzw. daß soziale Veränderungen der Erhaltung der Demokratie hintangesetzt werden (54). Die Krise erzeugt, wie wir gesehen haben, gesellschaftliche Disgregation, sie befördert auch korporati-

51 Seit Togliatti gilt die KPI als Regierungs- und als Kampfpartei. Solange sie in der klaren Opposition war, hat diese Unterscheidung keine politischen Schwierigkeiten gemacht. Dies ist anders geworden, seitdem sie in der indirekten und seit dem März 1978 auch direkten Regierungsverantwortung zumindest programmatisch gefordert ist. Vgl. dazu Gianni Cervetti, Partito di Governo e di Lotta, Roma 1977. In diesem Text wird die offizielle Version der KPI wiedergegeben. Kritisch dazu vgl. Fernando Claudin, Zukunft des Eurokommunismus, Berlin (West) 1978, S. 101 ff.

52 Hierzu den leserwerten Beitrag von Peter Kammerer, xxxx

53 So Fernando Claudin, a.a.O.

54 So Angelo Bolaffi, Ideologia e tecnica del nuovo terrorismo, in: Rinascita, 24. März 1978

ve Tendenzen, deren *partikularistische Durchsetzung* oft genug gesellschaftliche Normen sprengt. Ob der Korporatismus als Grundlage für den Terrorismus der vergangenen Jahre und dieser wiederum als der „bewaffnete Arm der Krise“ angenommen werden kann, sei dahingestellt (55). Wichtig in diesem Zusammenhang ist noch etwas anderes: daß mit Austerity, auch mit „revolutionärer“ Austerity, die disgregativen Tendenzen nicht eingedämmt, sondern eher noch befördert werden. Die hier zur Diskussion stehende Gefahr besteht nun genau darin, daß anstelle der Bekämpfung der sozialen Ursachen von gesellschaftlicher Zerrissenheit, disgregativen Partikularinteressen, Politik- und Aktionsformen, die sich nicht mehr nach traditionellen Maßstäben messen lassen, der moralische Zeigefinger tritt, mit dem die „*Verteidigung der Demokratie*“ an die erste Stelle gesetzt wird und gerade der von Fernando Claudin warnend kritisierte Substitutionsprozeß von sozialem und politischem Kampf eingeleitet oder beschleunigt wird. Gerade wenn das Konzept der Hegemonie wesentlich als moralische Überlegenheit verstanden wird, ist die Gefahr besonders groß, Politik im Institutionensystem mit dem Inhalt seiner Verteidigung gegen die Angriffe – wie sie Terrorismus zweifelsohne darstellt – gegenüber den sozialen Kämpfen der Arbeiterklasse und anderer subalternen Schichten überzubewerten. Die Kommunisten müssen „konservativ und revolutionär zugleich“ sein, sagte Berlinguer (56), das Problem besteht nur darin, daß das „Konservative“ bereits einen *vorgegebenen Inhalt*, den es zu *bewahren* gilt, nämlich das Institutionensystem der bürgerlichen Demokratie, vorfindet, während das „Revolutionäre“ sich den Inhalt – aber auch die Formen, in denen es sich artikuliert und durchzusetzen tendiert – in Massenbewegungen und Kämpfen immer wieder *erarbeiten und erkämpfen* muß.

55 Achille Occhetto, Difendersi dal braccio armato della crisi, in: Rinascita, 12. Mai 1978. Darin vertritt er unter anderem die These, daß der Terrorismus nur die Fortsetzung des Korporatismus mit anderen Mitteln sei. Der hier zugrundeliegende Korporatismusbegriff ist anders zu verstehen als in der bislang hier geübten Verwendung: er bezeichnet die Durchsetzung von Gruppeninteressen ohne Rücksicht auf Gesichtspunkte des „Gesamtwohls“ oder von Klasseninteressen. Er bezeichnet also einen gesellschaftlichen Zustand der Zersetzung und eine Gefahr der Durchlöcherung von Normen des Zusammenlebens, auch der Klassen in ihrem Gegensatz.

56 Corriere della Sera, 27. Februar 1978